

21 AMEZ – Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Institut für
Internationale
Zusammenarbeit

Susanne Luther (Hrsg.)

JUGEND

Gegenwart und Zukunft einer Generation



Bernhard Seliger: Jugend in Korea – Zwischen *Hell Choseon* und *Gangnam Style*

Anna Masna: Zwischen Eurovision und Einberufung: Die nationale Identität ukrainischer Jugendlicher

Mamadou Faye: African Youth Integration in Politics

Susanne Luther (Hrsg.)

JUGEND

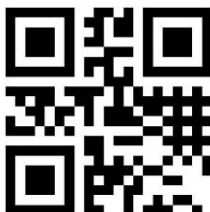
Gegenwart und Zukunft einer Generation

Impressum

ISBN	978-3-88795-540-3
Herausgeber	Copyright 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit	Dr. Susanne Luther
Redaktion	Stefan Burkhardt Regina Kistler Kontakt zur Redaktion: ijz@hss.de
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner
Redaktionsschluss	17.08.2017
Druck	Hausdruckerei der Hanns-Seidel-Stiftung
Titelbild	Hanns-Seidel-Stiftung, Südafrika

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Von dieser Einschränkung ausgenommen, sind sämtliche Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Ausgaben der Publikationsreihe finden Sie unter folgendem QR-Code auch im Internet zum Lesen und Bestellen.



GELEITWORT

|| Susanne Luther

Liebe Leserinnen und Leser,

Wer genau zur Gruppe „Jugend“ gezählt wird, dafür gibt es eigentlich keine allgemein anerkannte Definition. Zumeist wird damit eine Zeitspanne beschrieben, die sich vom 15. Lebensjahr bis zu einem Alter Mitte oder Ende 20, bisweilen auch bis Mitte 30, erstreckt.

Auch wenn demografische Trends für die Zukunft rückläufige Zahlen beim Anteil junger Menschen an der Weltbevölkerung vorhersagen, so gibt es heute auf der Welt doch mehr Jugendliche als je zuvor. Dabei ist die Verteilung von Land zu Land unterschiedlich: Während in den Industriestaaten der Trend einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft zu beobachten ist, machen junge Menschen in vielen Nationen des Globalen Südens ein Viertel oder mehr der Einwohner aus.

Fast 90 Prozent der jungen Menschen leben in Entwicklungsländern. Diese Jugendlichen stehen vor einer Reihe von Herausforderungen: Fehlende (menschenwürdige) Beschäftigungsmöglichkeiten sind eines der Hauptprobleme. Mangelhafte und ineffektive Möglichkeiten politischer Partizipation erschweren den Alltag junger Menschen ebenso wie eine unzureichende Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse durch die Politik. Hinzu kommen die zahlreichen Konflikte weltweit. So wird mit Blick auf Syrien inzwischen von einer „verlorenen Generation“ gesprochen, der ein adäquater Zugang zu Bildung fehlt. Nicht vergessen werden darf, dass Jugendliche

in vielen Ländern aufgrund schwieriger äußerer Umstände, wie einem entlegenen Wohnort, oder wegen bestimmter Merkmale wie Behinderung, Geschlecht oder Klassenzugehörigkeit benachteiligt oder diskriminiert werden.

Diese Hindernisse werden in einigen Artikeln dieser Ausgabe angesprochen: Der Gastbeitrag „African Youth Integration in Politics“ von Mamadou Faye, einem jungen senegalesischen Wissenschaftler, setzt sich explizit mit der unzureichenden Einbindung der Interessen Jugendlicher in politischen Prozessen auseinander – ein Problem, das sich in vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent findet.

Der Beitrag aus der Ukraine hingegen gibt einen Einblick, wie sich die Geschichte und der derzeitige russisch-ukrainische Konflikt auf die Jugend im Land allgemein und speziell mit Blick auf ihre Identitätssuche auswirken.

Gleichzeitig wollen wir nicht übersehen, dass sich einer Vielzahl von Jugendlichen auch enorme Chancen bieten: Jugendliche nehmen oft eine andere Perspektive ein, sind innovativ und entwickeln neue Ideen. Sie sind motiviert, Veränderungen voranzutreiben und Herausforderungen anzugehen. Auch wenn die Einbeziehung der Interessen junger Menschen in politischen Prozessen in den meisten Teilen der Welt rückläufig ist, ist dies nicht mit allgemeinem Desinteresse gleichzusetzen. Ganz im Gegenteil: Jugendliche zeigen sich heute mehr denn je politisch wie zivilgesellschaftlich engagiert. Sie nutzen dafür jedoch vermehrt informelle Wege abseits des politischen Systems, wie Petitionen oder aber auch Proteste, oder bringen sich in zivilgesellschaftliche Initiativen ein. Die

neuen Informations- und Kommunikationstechnologien spielen dabei eine wichtige Rolle, da sie die Möglichkeit bieten, sich schnell und einfach zu vernetzen, auszutauschen und zu organisieren. Ein Beispiel hierfür bietet unser Beitrag aus Kenia, wo die Jugend des Landes einen entscheidenden Einfluss im Vorfeld der gerade stattgefundenen Wahlen ausgeübt hat – nicht zuletzt auch mittels des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationskanäle.

Die Jugend und ihre Bedürfnisse zu vernachlässigen oder gar zu ignorieren, birgt einige Risiken in sich: Perspektivlosigkeit, Armut oder Unterdrückung im eigenen Land führen nicht selten dazu, dass junge Menschen im Verlassen der Heimat den einzigen Ausweg aus ihrer misslichen Lage sehen oder sich von der Gesellschaft abwenden. Dies wird in den Interviews, die mit vier jungen Tunesiern geführt wurden, deutlich. Während die Jugend eine der treibenden Kräfte der Proteste des „Arabischen Frühlings“ war und kurz nach der Revolution enorme Motivation, sich zu engagieren und einzubringen zeigte, hat sich inzwischen große Frustration breit gemacht.

Von Frustration und Marginalisierung geht aber die Gefahr aus, dass sich junge Menschen auf andere Felder, die ihnen vermeintlich mehr Perspektiven bieten, begeben. Die hohe Zahl junger, ausländischer Kämpfer in den Reihen des sogenannten „Islamischen Staates“ ist ein Beispiel hierfür. Entscheidend ist es deshalb, die Jugend zu unterstützen, sie auszubilden sowie ihre Fähigkeiten zu fördern und ihnen Gehör zu verschaffen, um so eine Jugend mit Zukunft, die ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen kann und will, möglich zu machen.

Viele dieser Aspekte finden sich in den Ländern, in denen die Hanns-Seidel-Stiftung im Rahmen ihrer Internationalen Zusammenarbeit aktiv ist. Wie wir die Förderung junger Menschen und ihrer Fähigkeiten sowie ihre Einbindung in Transformationsprozesse mittels politischer Bildung in unserer Projektarbeit angehen, erfahren Sie im Artikel „Jugendliche für Politik interessieren“.

Es gilt also, das Potenzial der jungen Menschen zu nutzen, um die verschiedenen Herausforderungen anzugehen. Mit unserer aktuellen Ausgabe wollen wir Ihnen einen Einblick in dieses interessante Thema geben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre.



|| Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

INHALT

- 03 Geleitwort**
Susanne Luther
- 06 Jugendliche für Politik interessieren – Eine Aufgabe der Hanns-Seidel-Stiftung in der Internationalen Zusammenarbeit**
Dietmar Ehm
- 10 Jugend in Korea – Zwischen *Hell Choseon* und *Gangnam Style***
Bernhard Seliger
- 18 Jugendliche und junge Erwachsene in der Ukraine – Eine Generation auf der Suche nach sich selbst**
Daniel Seiberling
- 22 Zwischen Eurovision und Einberufung: Die nationale Identität ukrainischer Jugendlicher**
Anna Masna
- 28 African Youth Integration in Politics**
Mamadou Faye
- 38 Zwischen Aufbruchstimmung und Resignation – Jugend in Tunesien**
HSS Tunesien
- 46 Political Parties Primaries 2017: Youth in Kenya Win**
Pauline Lemarron
- 52 Campaign Trail Woes – Von den Herausforderungen junger Politikerinnen in Kenia**
Uta Staschewski, Pauline Lemarron, Sylvia Lanyasunya
- 60 „Ich möchte die Interessen der Jugend vertreten“**
Lynnet Mbula Mutula und Gideon Keter im Interview
- 64 Youth in Tanzania: Their Priorities, Challenges and Opportunities**
Oscar Kimaro

Dietmar Ehm

Jugendliche für Politik interessieren

Eine Aufgabe der Hanns-Seidel-Stiftung in der Internationalen
Zusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit darf die politische Bildung Jugendlicher nicht vergessen. Es reicht nicht, über berufliche Qualifikation und Beschäftigung zu sprechen. Die Jugendlichen müssen auch als Teil einer Gemeinschaft gesehen werden, die von ihnen heute und in Zukunft gestaltet wird. Sie sind die Generation, die die Welt verändert. Politische Beteiligung und Partizipation verlangt aber auch Wissen: Wissen über die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, aber auch die Fähigkeiten, diese darzustellen und argumentativ zu untermauern. Gemeinsam mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen vor Ort bietet die Hanns-Seidel-Stiftung in einer Vielzahl von Projekten diese Möglichkeit an und fordert sie aktiv ein.

Schlagwörter:

Jugend - Demokratie - Politische Stiftungen - Berufliche Bildung - Normen - Politische Bildung - Partizipation - Mitsprache - Civics Academy - Planspiele

JUGENDLICHE FÜR POLITIK INTERESSIEREN – EINE AUFGABE DER HANNS-SEIDEL-STIFTUNG IN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

|| Dietmar Ehm

Rund 3,1 Milliarden Menschen sind jünger als 25 Jahre. Sorgen bereitet die unverändert hohe Rate der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Die Weltgemeinschaft ist gefordert, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, das Arbeitsplätze schafft. Und die Frage anzugehen, wie berufliche Qualifikation vermittelt werden kann. Die in der Agenda 2030 enthaltene Vision einer Sekundarschulbildung für alle nimmt auch das Ziel beruflich relevanter Qualifizierung auf.

Bildung und Beschäftigung

Qualifikation und Beschäftigung sind ein Schritt in einer Vision globaler Gerechtigkeit. Der Zugang zu Bildung und Beschäftigung darf nicht sozioökonomische oder kulturelle Begrenzungen widerspiegeln, die einzelne Gruppen, insbesondere junge Frauen stärker als junge Männer, benachteiligen. Beschäftigung muss zudem ein Einkommen ermöglichen, das ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Daher sind in der Gruppe der 15-24 Jährigen eine Erwerbsquote junger Männer mit 53,9 Prozent gegenüber der junger Frauen mit 37,3 Prozent ebenso eine gesellschaftliche Herausforderung wie Erhebungen, die zeigen, dass arbeitende Jugendliche stärker als arbeitende Er-

wachsene, 37,7 Prozent vs. 26 Prozent, von Armut betroffen sind.¹

Perspektivlosigkeit und politische Beteiligung

Wie aber gehen junge Menschen mit Perspektivlosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit um? Werden demokratische Normen, die wir als grundlegend für eine politische Ordnung ansehen, als Rahmen anerkannt, um auf Abhilfe zu drängen. Wenn schon eine Studie wie die jüngst veröffentlichte Erhebung 'Junges Europa 2017' eine Distanz zur Demokratie als Staatsform zeigt, wie ist die Situation unter Bedingungen, in denen Erfahrung im Umgang mit politischer Partizipation fehlt?

Die Staaten sind gefordert, Anstrengungen zu unternehmen, um die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen zu erhöhen. Es sollten Initiativen entwickelt und gestärkt werden, die junge Menschen dahingehend fördern, sich handelnd in die Veränderung ihrer Lebensbedingungen einzubringen.

Daher soll an dieser Stelle ein Plädoyer dafür erfolgen, einen besonderen Fokus auf die politische Bildung Jugendlicher zu legen. Es reicht nicht, über Ausbildungsgänge, Qualifikationen und Beschäftigung zu sprechen. Die Jugendlichen müssen als Teil einer Gemein-

schaft gesehen werden, die von ihnen heute und in Zukunft gestaltet wird. Sie sind die Generation, die die Welt verändert.

Mitsprache verlangt Wissen. Den Jugendlichen muss die Information zur Verfügung stehen, die ihnen erlaubt, verantwortlich und demokratisch zu handeln. Weltweit wird aber kaum auf politische Bildung verwiesen. Für politische Stiftungen und ihre Partner öffnet sich hier ein wegweisendes Tätigkeitsfeld. Die Mobilisierung fällt leichter, wenn Jugendliche in ihrer Sprache und über Medien angesprochen werden, die sie alltäglich nutzen.

Wege der Hanns-Seidel-Stiftung

Die Hanns-Seidel-Stiftung, eine der sechs deutschen politischen Stiftungen, kann hier auf positive Erfahrungen verweisen. Beispielsweise in Lateinamerika mit Planspielen und akademischen Simulationen, die Information über den Ablauf politischer Prozesse mit real nachempfundenen Situationen verknüp-

fen, in denen die Teilnehmer in die Rolle von Entscheidungsträgern schlüpfen. So entsteht Verständnis für die komplexen Vorgänge auf nationaler wie internationaler Ebene. Die Teilnehmer sehen, wie und an welcher Stelle der Einzelne im Verbund mit Gleichgesinnten Einfluss nehmen kann. Besonders beeindruckend sind Möglichkeiten, sich über simulierte Erfahrungen mit Amtsträgern auszutauschen, die in entsprechenden Situationen agierten. Dies kann eine Weiterung zu einem Programm wie das der Politikschulen im Andenraum beinhalten, die Jugendliche für Engagement und Übernahme von Verantwortung sensibilisieren und notwendiges Demokratiewissen liefern. Dies kann Ansätze beinhalten, der Spaltung einer Gesellschaft entgegenzuwirken, indem soziales Engagement zu einem Teil praktischen Lernens wird. Soziale Kontakte, insbesondere wenn sie über die eigene Bezugsgruppe hinausgehen, bauen innergesellschaftliche Grenzen ab und befördern Integration.

Neue Wege sind gefragt, Jugend mit Demokratie vertraut zu machen. Internet



Civics Academy ist ein Projekt der HSS in Kooperation mit der Nelson-Mandela-Stiftung, das Videos und Podcasts zu den Themen Demokratie, Wahlen, Parteien, Justiz, Verfassung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Umwelt produziert und auf seiner Webseite sowie YouTube zugänglich macht. Quelle: HSS.

und soziale Medien sind ein zeitgemäßes Angebot. So unterstützt die Civics Academy die Demokratiebildung junger Südafrikaner, indem Videos und Podcasts, die auch über das Smartphone und auf YouTube abgerufen werden können, ein Forum öffnen, sich mit Fragen der südafrikanischen Gesellschaft auseinanderzusetzen und an moderierten Debatten teilzunehmen. Dies kann auch ein Weg sein, um der Radikalisierung einer Gesellschaft entgegenzuwirken. So erarbeitete in Kenia die Organisation Well Told Story eine Kommunikationsstrategie für Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren. Sie zentriert sich auf eine Comic Serie, in der die Protagonisten bei der Lösung jugendrelevanter Probleme alternativen Ansätzen nachgehen. Shujaaz, so der Titel der Comic, ist keine geplante Geschichte, sondern entwickelt sich in der offenen Diskussion mit deren Helden in einem sicheren virtuellen Raum. Initiativen und Reaktionen der Nutzer verdichten sich zu Charakteren, die ihre eigene Geschichte und die ihrer Gesellschaft im positiven wie negativen fortschreiben und gedruckt, als Beilage großer Tageszeitungen ihre Leser finden. Dies ist in Kenia wie in Südafrika ein Weg, um für Engagement in der Gesellschaft einzutreten und letztlich aufzuzeigen, dass Gewalt und Intoleranz ins Abseits führen.²

Bildung ist als beruflich relevante Bildung richtungsgebend auf dem Weg zu Qualifikation und Beschäftigung, aber als politische Bildung genauso unverzichtbar, um die Welt zu verändern.

|| Dr. Dietmar Ehm

Stv. Abteilungsleiter und Referatsleiter Grundsatzfragen im Institut für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

*) Dieser Artikel ist mit geringfügigen Änderungen auch am 29.06.2017 als Beitrag auf dem International Development Blog des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik (DIE) erschienen.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. International Labour Organization (2016): World Employment and Social Outlook 2016: Trends for youth.
- 2 Die Ausgabe 18 der Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit enthält einen Text, in welchem das Comic Shujaaz exemplarisch abgebildet ist. Anlass war das Thema „Es geht nicht um Islam – Junge Kenianer sprechen über Radikalisierung“.

Bernhard Seliger

Jugend in Korea

Zwischen *Hell Choseon* und *Gangnam Style*

Bildung nimmt in der konfuzianisch geprägten Gesellschaft eine außerordentlich wichtige Stellung ein. Der Beitrag beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Jugendlichen in Südkorea und schildert anhand zweier fiktiver Protagonisten, Kim und Lee, wie deren Lebenswirklichkeit sich zwischen Erwartungsdruck der Eltern und Gesellschaft, Anforderungen des Arbeitsmarkts und rapider Modernisierung der Gesellschaft bewegt.

Schlagwörter:

Südkorea - Jugend - Arbeitsmarkt - Bildungssystem - Jugendkultur

JUGEND IN KOREA – ZWISCHEN *HELL CHOSEON* UND *GANGNAM STYLE*

|| Bernhard Seliger

Um die Lebenswelt der Jugendlichen in Südkorea darzustellen, können die Geschichten zweier Heranwachsender erzählt werden, die unterschiedlicher kaum sein könnten:

Kim und Lee

Der eine, nennen wir ihn Kim, wird von seinem konfuzianisch geprägten Familienumfeld von früh an darauf gedrängt, möglichst leistungsbereit zu sein. Geboren wurde er nicht in Seoul, wo seine Familie lebt, sondern in Amerika, damit er die amerikanische Staatsbürgerschaft erwirbt und möglicherweise dem weithin verhassten Militärdienst entkommen kann. Sind die Eltern begütert, fängt der Kampf um gute Bildung schon beim Zugang zu einem möglichst guten (teuren) Kindergarten an, in dem muttersprachlicher Englischunterricht gegeben wird. Ab der Grundschule wird das Kind dann darauf dressiert, neben der Schule möglichst viele wertvolle Erfahrungen zu sammeln – Geigenunterricht ab drei Jahren, Privatunterricht in Sprachen, Sprachcamps im Ausland in den Sommerferien...

Ab der Mittelschule geht dann die systematische Vorbereitung auf den Zugang zu einer prestigereichen Universität los, d.h. auf *Seuneung*, die jedes Jahr im November stattfindende Aufnahme-

prüfung. Sie bestimmt seit 1994 das Leben der Schüler komplett:

Am Tag der Aufnahmeprüfung können morgens Flugzeuge nicht starten, die Börse öffnet später und Busse wie die U-Bahn fahren Sonderschichten. Polizisten bringen Schüler sicher in die Schule; der Weg zur Schule ist gesäumt von jüngeren Schülern und Eltern, die den Prüflingen Glück wünschen. Vorher aber hat Kim mit seinen Klassenkameraden eine jahrelange Vorbereitung absolviert, die ihn jeden Nachmittag in die *Hagwon*, Nachhilfeschulen, bringt. Nicht ohne Grund ist Südkorea das Land mit den höchsten privaten Bildungsausgaben der Welt. Leider haben es nicht alle seiner Klassenkameraden bis zur Prüfung geschafft – einer ist schon Jahre zuvor von einem Hochhaus gesprungen, weil der Druck, den Familie und Gesellschaft aufbauten, einfach zu groß war.

Einmal auf der Universität angekommen – hoffentlich im „Himmel“ (SKY – eine Abkürzung der drei besten Universitäten, Seoul National Universität, Korea Universität, Yonsei Universität), geht es deutlich lockerer zu. Dennoch bleibt Kim fleißig und besucht neben den Universitätskursen möglichst viele Clubs (*dongari*), die vom Theaterspielen bis zur UN mock assembly wichtige soziale Fähigkeiten vermitteln und sich gut im Lebenslauf machen. Das Masterstudi-



Eine Gruppe Jugendlicher, die in der Hauptstadt Seoul feiert. Oft gehören gemeinsame Abendessen mit viel Alkohol (*Hoeshik*) zur Arbeitswelt in Südkorea. Quelle: HSS Korea.

um oder vielleicht der Doktorkurs sollten, wenn irgend möglich, im Ausland gemacht werden. Danach geht es idealerweise an eines der Großunternehmen, der *Chaebol* (Konglomerate), die wie Samsung oder Hyundai-Kia das heutige koreanische Markenimage definieren.

Kim wohnt dann immer noch zu Hause bei den Eltern – bis zu seiner Hochzeit, die in Südkorea jetzt, wie anderswo, auch immer später stattfindet. Irgendwann mit Anfang Dreißig geht er mit den Kollegen aus, zum teilweise allwöchentlichen oder zumindest allmonatlichen *Hoeshik* (ein halboffizielles Abendessen mit viel Alkohol, das der Schaffung der Firmenidentität dienen soll), dann geht es in eines von tausenden schicken Restaurants im teuren Südtteil Seouls, *Kangnam*.

Der andere Südkoreaner, nennen wir ihn Lee, hat eine etwas andere Geschichte zu erzählen: Den Vater sieht er praktisch nie, weil er bis spät in die Nacht arbeitet, die Mutter muss sich alleine um ihn kümmern. Ab der Mittelschule geht er täglich etliche Stunden ins „*PC-bang*“

(Computerraum, in dem man für wenig Geld am Computer sitzen und spielen kann), ernährt sich dort von *Ramyon*, Instantnudeln, bevor er abends nach Hause kommt (je älter, desto später). Sein Wortschatz, unbeschadet der konfuzianischen Erziehung, die u.a. höchsten Respekt vor Lehrern vermitteln soll, ist so, dass manche Mittelschullehrer und schon gar nicht Schüler mit ihm fertig werden. Bei den schwächeren Schülern ist er gefürchtet, weil er sie demütigt und ausgrenzt. Auch der neu gekommene Flüchtling aus Nordkorea wird von ihm zum *Hwangtta* (Ausgegrenzten) gemacht – wegen seines nordkoreanischen Akzents.

Nachdem er ein mittelmäßiges Ergebnis bei der Aufnahmeprüfung gemacht hat, kommt er nur in die zweite oder dritte Gruppe der Universitäten. Während des Studiums lebt er in einem *Goshiwon* oder *Hasukjib*, kleinen, privat geführten Wohnheimen. Im letzteren Fall bekommt er wenigstens zwei Mahlzeiten am Tag gekocht. Nachts steht er regelmäßig an der Kasse eines *Pyoneuijeoms* (ein kleiner Laden, der 24 Stunden geöffnet ist und eine ähnliche Funktion wie Tankstellen in Deutschland hat), um sich einen mageren Lohn zu verdienen. Trotzdem hat er nach dem Studium Schulden wegen der hohen Studiengebühren. In der Bibliothek der Universität schläft er meistens vor Müdigkeit ein.

Am Ende steht ein Abschluss, mit dem er in Zeiten von Rekordjugendarbeitslosigkeit keine Perspektive für sich sieht. Für ihn ist Südkorea kein Land der Möglichkeit des Aufstiegs durch Bildung, sondern „*Hell Joseon*“, die Hölle Korea. Als in Südkorea Massenproteste gegen die Regierung von Park Geun-Hye ausbrechen, wegen Korruptionsvorfällen in

der Regierung, ist er in vorderster Reihe bei den Protesten dabei, denn sie scheinen einen Schuldigen für die Misere seines Lebens zu bieten: die Präsidentin, die Konglomerate, die ungerechte Gesellschaft eben...

Konträre Erfahrungen – schwieriger Arbeitsmarkt – knapper Wohnraum

Natürlich sind die so erzählten Geschichten zweier Jugendlicher in Südkorea stark zugespitzt. Tatsächlich sind „Kim“ und „Lee“ nicht zwei Personen, sondern es handelt sich meistens um eine Mischung von beiden Erfahrungen, die Jugendliche heute in Südkorea machen. Und diese Erfahrungen sind eben sehr konträr:

Einerseits ist schon lange das alte, konfuzianisch geprägte Familienumfeld aufgeweicht. Weit mehr als früher werden heute Individualität und Freiheit als wichtig für die Entwicklung junger Menschen gesehen. Dazu kommt ein nie zuvor erfahrener Wohlstand, auch für die jüngere Generation. Heute ist es auch in Südkorea nicht unüblich, dass Universitätsstudenten (vor allem im Masterstudium) Autos besitzen und es ist ganz normal, wenn sie Auslandsreisen auf andere Kontinente machen. Beides war noch vor einer Generation fast undenkbar. Wenn auch Aufnahmezeremonien, die vor allem viel Alkohol involvieren und früher regelmäßig auch zu Todesfällen geführt haben, an den Universitäten immer noch existieren, so werden sie doch weniger. Und wenn auch die Kultur des *Hoeshik* (gemeinsames Ausgehen mit Arbeitskollegen, das quasi offiziell ist) weiter besteht, so ist diese Institution nach der Finanzkrise von 1998 von den Firmen, die die

Abendessen in der Regel zahlen, schon deutlich eingeschränkt worden.

Andererseits ist tatsächlich der soziale Druck auf Schüler und Studenten weiter so groß, dass immer wieder Selbstmorde und manchmal auch tragische Selbstmordpakete, bei denen sich Jugendliche im Internet zum gemeinsamen Suizid verabreden, das Land erschüttern. Ende 2016 stand die offizielle Arbeitslosenquote in der Gruppe der 25- bis 29-jährigen, d.h. der Universitätsabgänger, bei über acht Prozent, der höchste seit 1999 im Zuge der Asienkrise gemessene Wert. Im Vergleich mit Zahlen etwa aus Südeuropa ist dies immer noch sehr wenig, aber in einem Land, in dem Arbeitslosigkeit offiziell seit fünfzig Jahren ein marginales Problem ist, hat dies viele schockiert.

Schlimmer für die Jugendlichen ist, dass viele von ihnen Illusionen über die Verfügbarkeit möglicher Jobs haben: Die frühere Gleichung, nach der jeder Universitätsabsolvent auf einen mehr oder weniger adäquaten Job hoffen durfte, gilt schon seit der Asienkrise nicht mehr. Viel zu viele werden für Management- und Schreibtischpositionen ausgebildet, nach denen keine Nachfrage besteht.

Dagegen gibt es bis heute keine vernünftige Lehrlingsausbildung. Als Südkorea seit den 1960er Jahren auch aus Deutschland Entwicklungshilfe bezog und sein phänomenaler Aufstieg begann, der u.a. dem Land für dreißig Jahre die höchsten Wachstumsraten der Welt bescherte, wurden zwar von Deutschland verschiedene berufsbildende Schulen, etwa im technischen Bereich, eingerichtet. Diese waren aber so erfolgreich, dass sie sich so schnell wie möglich in zweijährige Colleges, etwa vergleichbar

den Fachhochschulen, umgewandelt wurden.

Dies hängt mit dem immer noch nachwirkenden konfuzianischen Ideal der Gelehrsamkeit zusammen: Eine gute Berufsausbildung gilt nichts, ein akademischer Abschluss dagegen alles. Unter der Regierung von Präsident Lee Myung-Bak wurden zwar etwa hundert „Meisterschulen“ eingerichtet, die Spitzenkräfte für das Handwerk heranziehen sollten, aber ohne einen Unterbau von Lehrlingen und Gesellen waren auch diese nur Stückwerk. Im stark segmentierten südkoreanischen Arbeitsmarkt, in dem sich ein von Betriebsgewerkschaften, hohen Löhnen und großer Arbeitsplatzsicherheit geprägter offizieller Arbeitsmarkt (zutreffend auf Großunternehmen und auf den öffentlichen Sektor) und ein ebenso großer, fast unregelmäßiger zweiter Arbeitsmarkt gegenüberstehen, müssen nun viele Absolventen teilweise jahrelang auf eine Festanstellung, Sozialleistungen sowie adäquate Bezahlung warten und sich von Job zu Job hangeln. In Kleinen und mittleren Unternehmen, zu denen auch z.B. Zulieferer großer Unternehmen gehören – von einem Mittelstand wie in Deutschland kann man kaum sprechen – fühlen sie sich gedemütigt und verkannt.

Dazu kommt, vor allem für die Stadt Seoul und ihr Umland, in dem, wenn man die umgebende Gyeonggi-Provinz und die Hafen- und Flughafenstadt Incheon dazu rechnet, fast die Hälfte der Südkoreaner wohnen, ein Problem, erschwinglichen Wohnraum zu finden. In der Generation der Eltern und Großeltern waren zwar die Löhne viel niedriger, es gab aber eine gute Chance, dass junge Familien in Wohnungen einzogen,

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet seit 1987 in Südkorea und seit 2003 in Nordkorea mit dem Ziel der friedlichen Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel und der Überwindung der koreanischen Teilung. Seit 2006 führt die Hanns-Seidel-Stiftung Programme zur Wiedervereinigungsbildung für Schüler und Jugendliche durch. Seit 2012 wird jährlich zusammen mit dem Institute for Peace Affairs, einem Think Tank im Bereich der Wiedervereinigung, ein Wettbewerb zur Förderung des Wiedervereinigungsgedanken auf den neuen sozialen Medien, der "UCC (User Created Content) Wettbewerb" für Schüler und Studenten durchgeführt.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/korea

die ihnen bis zum Ende des Arbeitslebens selbst gehörten. Heute erbt zwar die junge Generation einerseits mehr denn je zuvor in Südkorea, andererseits sind die Häuserpreise im Zuge eines sechzigjährigen ununterbrochenen Anstiegs so stark gestiegen, dass es fast unmöglich ist, für junge Familien eine erschwingliche Bleibe zu finden.

Die steigende Lebenserwartung der älteren Generation trägt dann dazu bei, dass die Jungen oft mehr als dreißig Jahre ihres Lebens bei den Eltern wohnen müssen, in viel beengterem Wohnraum, als dies etwa in Deutschland der Fall ist.

Neue Perspektiven?

Am 19. Juli 2017 veröffentlichte die Regierung Moon Jae-In einen Arbeitsplan, in dem Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit an erster Stelle des wirtschaftspolitischen Teils stehen. Im öffentlichen Sektor sollen 810.000 neue Stellen geschaffen

werden, die als Ankurbelung auch der privaten Wirtschaft dienen sollen.

Öffentliche Unternehmen sollen eine Quote von mindestens fünf Prozent junger Arbeitnehmer beschäftigen statt der bisherigen drei Prozent. Dazu soll für diejenigen, die ein Trainingsprogramm durchlaufen, für drei Monate eine Anschlussfinanzierung von etwa 250 Euro pro Monat erfolgen, für bestimmte arbeitslose Jugendliche ab 2019 sogar ein sechsmonatiges Arbeitslosengeld von etwa 400 Euro eingeführt werden. Kreditkartengebühren sowie Gebühren für den Gebrauch von Mobiltelefonen sollen deutlich gesenkt werden, was ebenfalls die jüngere Generation entlasten soll.

Das bisher stark von privaten Trägern organisierte Erziehungswesen soll durch eine verbesserte öffentliche Ausbildung ergänzt werden, beginnend bei mehr öffentlichen Kindertagesstätten und Kindergärten, die insgesamt bis zu vierzig Prozent der Kinder aufnehmen sollen. Auch die Ausbildung in der Oberschule (vergleichbar der Oberstufe der Gymnasien in Deutschland) soll graduell gebührenfrei werden. Der Zugang zu Hochschulen, bisher allein durch das oben erwähnte Eingangsexamen bestimmt, soll durch ein Punktesystem in der Oberstufe ergänzt werden. Mehr öffentliche Wohnungsbauprojekte sollen erschwinglichen Wohnraum schaffen.

Auf dem Papier klingen alle diese Forderungen sehr gut, fast wie eine Wunschliste der vielen jugendlichen Anhänger von Präsident Moon, als die sie auch gedacht sind. Allerdings steht in dem Programm nichts über die Finanzierung der vielen Wohltaten, die allesamt aus öffentlicher Hand stammen müssen.

Auch Südkorea, das jahrzehntlang eine sehr konservative öffentliche Ausgabenpolitik hatte, hat in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr Schulden in diesem Sektor angehäuft. Die Wirksamkeit öffentlicher Interventionen, die etwa direkt nach der Asienkrise noch relativ hoch war, ist immer geringer geworden.

Ob diese oben genannten Vorhaben also durchgesetzt werden können, ist höchst fraglich. Bereits jetzt tobt ein Kampf im Parlament, in dem Präsident Moon keine eigene Mehrheit hat, über die von der Regierung vorgeschlagene höhere Besteuerung. Diese würde nämlich dazu führen, dass die von der Regierung erhofften Anschubeffekte der öffentlichen Finanzierung sich leicht ins Gegenteil verkehren könnten und private Investitionen nicht mehr, sondern weniger würden. Die immer stärker gesunkene natürliche Wachstumsrate Koreas ist ein Problem gesättigter Märkte, dass durch immer stärkere staatliche Ausgaben nur teilweise konterkariert werden kann.

Hassliebe Amerika, Proteste und Gehorsamkeit

Ein Blick auf die Jugend Südkoreas wäre unvollständig ohne einen Blick auf die Jugendkultur. Auch hier gibt es eine manchmal verwirrende Zweiteilung, die das Verständnis von außen oft erschwert:

Einerseits gibt es einen latenten Antiamerikanismus und Jingoismus, der immer wieder gerade in der jüngeren Generation ausbricht und sich in Massenprotesten manifestiert, wie nach dem Unfalltod zweier Schulmädchen durch ein amerikanisches Militärfahrzeug oder

bei den Protesten gegen den Import angeblich schädlichen amerikanischen Rindfleisches. Junge Aktivisten starten Kampagnen gegen die „falsche“ internationale Geschichtsauffassung, etwa wenn in Atlanten „Japanisches Meer“ statt „Koreanisches Ostmeer“ steht, oder gegen die „unqualifizierten Englischlehrer, die nur für Geld und leichten Sex nach Korea kommen“. Andererseits sind und bleiben die USA und die begehrte Green Card Traumziele der meisten Jugendlichen.



Die Lebenswirklichkeit der Jugend in Süd- und Nordkorea unterscheidet sich in vielen Punkten. Die HSS fördert Programme zur Wiedervereinigungsbildung für Schüler und Jugendliche. Quelle: HSS Korea.

Auf der einen Seite gibt es – im Grund seit Bestehen Südkoreas 1945 – die oft radikalen, teilweise gewalttätigen Demonstrationen durch Studenten, denen vom ersten Präsidenten Rhee Syngman über Park Chung-Hee bis hin zu Lee Myung-Bak und Park Geun-Hye jeder Präsident gegenüberstand. Andererseits waren es dieselben Studenten, die bei den letzten und ausgesprochen friedlichen Demonstrationen mitgeholfen haben, dass nach nächtlichen Massendemonstrationen mit bis zu einer Millionen Teilnehmern am nächsten Morgen die Straßen wieder sauber und aufgeräumt waren und keine Spur der Demonstrationen das Vergnügen der Touristen am Gwangwhamun-Tor des alten Königspalastes Gyeongbeokkung störte. Geradezu tragisch war die Folgsamkeit koreani-

scher Schüler, als sie in der untergehenden Fähre *Sewol* aufgrund der Lautsprecherdurchsagen der Besatzung in ihren Schlafräumen verblieben, die so für Hunderte zur Todesfalle wurden.

Zwischen gesellschaftlichem Druck und neuen Chancen

Das koreanische Image hat in den letzten Jahren im Ausland einen deutlichen Wandel erlebt. Früher als Billiglohnland einer von vielen ostasiatischen Tigerstaaten und politisch durch die Bedrohung durch Nordkorea bekannt, haben große Marken wie Samsung und Hyundai-Kia, beliebte Seifenoperen, die vor allem im nahen Ausland ein millionenfaches Publikum fanden, koreanische Computerspiele und die K-Pop Welle, nicht zu vergessen Psy mit seinem internationalen Hit Gangnam Style, ein völlig anderes Markenimage von Korea geschaffen: jung, dynamisch, innovativ und kreativ. Selbst in Deutschland hat dies etwa zu einem Boom bei den Korea-Studien geführt. Wie jedes Image ist es auch nur eine Fassade: Ein Jugendlicher zu sein in Südkorea, mit den Erwartungen und Anforderungen von Gesellschaft und Familie fertig zu werden, ist nicht einfach. Dennoch hat diese Generation von Jugendlichen auch Chancen, die nie zuvor einer anderen Generation von Jugendlichen in Korea offenstanden. Um das zu begreifen, reicht von Seoul aus ein Blick über die Grenze nach Nordkorea. Doch das ist eine andere Geschichte...

|| Dr. Bernhard Seliger

Auslandsmitarbeiter Korea

Daniel Seiberling

Jugendliche und junge Erwachsene in der Ukraine – Eine Generation auf der Suche nach sich selbst

25 Jahre nach der Unabhängigkeit sehen wir einen radikalen Bruch mit dem sowjetischen Erbe, gekennzeichnet durch staatliche Reformen und Prozesse der kulturellen Entkommunisierung. Aber auch in der Ukraine gibt es in bestimmten Bevölkerungsgruppen eine „Ostalgie“. Weniger politisch motiviert, sind es selektive Erinnerungen an Stabilität, verhältnismäßige soziale Sicherheit und eine planbare Zukunft. Für die ukrainischen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen des Jahres 2017 ist das „nur“ der Hintergrund, vor dem die eigene Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung stattfindet. Die heutige junge Generation des Landes hat die Möglichkeit, sich hier einzubringen und den Staat Ukraine mitzugestalten. Bereitschaft zur Toleranz, zur konstruktiven Auseinandersetzung mit Andersdenkenden und die Schaffung eines inklusiven ukrainischen Nationalverständnisses sind hierfür die Voraussetzungen.

Schlagwörter:

Postsowjetische Gesellschaft - Krieg in der Ostukraine - Zivilgesellschaft - Ukrainische Studenten Assoziation - UdSSR - Stalin - Repressionen - Ukrainische Identität

JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE IN DER UKRAINE – EINE GENERATION AUF DER SUCHE NACH SICH SELBST

|| Daniel Seiberling

Die ukrainische postsowjetische Generation ist auf der Suche nach sich selbst. Irgendwo zwischen europäischem und internationalem Glamour in Kiew, geprägt durch Eurovision und andere Großereignisse sowie der Tragödie im Osten des Landes, wo bisher über 10.000 mehrheitlich wehrpflichtige junge Männer und Frauen ihr Leben im Kampf gegen die Interessen des ehemaligen Brudervolkes und Kulturhegemonen gelassen haben, liegt sie heute - die nationale Identität der Ukraine, des großen Landes im Osten Europas, das seit Jahrhunderten in seiner geschichtlichen Entwicklung fremdbestimmt wird.

Das aktuelle Narrativ der westlichen Experten ist klar ausformuliert - die Ukraine ist auf einem guten Weg, die tradierten sowjetischen Politik- und sozialpsychologischen Muster trotz wirtschaftlicher Vulnerabilität, kremlgesteuerter hybrider Aggression und enormem Reformstau abzuwerfen. Vor allem der Zivilgesellschaft wird eine entscheidende Rolle der Post-Maidan Entwicklung zugesprochen. Die Zivilgesellschaft ist also dafür verantwortlich, den Geist des Maidans, der Revolution der Würde, aufrechtzuhalten und es weder Politikern noch Oligarchen, Kremlagenten oder Ultrationalisten zu erlauben, die Ukraine von ihrem wertorientierten und pro-europäischen Kurs abzubringen.

Wie sehen aber Vertreter der Zivilgesellschaft, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, sich und ihr Land? Sind sie sich der enormen Verantwortung bewusst, die ihnen auferlegt wurde? Fühlen sie sich durch Europa verstanden und unterstützt?

Um Antworten auf diese Fragen zu erhalten, hat die Kiewer Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung ihren langjährigen Partner, die "Ukrainische Studenten Assoziation" (USA), gebeten, eine subjektive Bestandsaufnahme des emotionalen Bezugs der jungen Generation zur Ukraine zu erstellen. Die persönlichen Eindrücke der Internationalen Sekretärin der USA, Anna Masna, bilden hierbei die Grundlage und werden durch die hervorgehobenen Zitate einer anonymen, nicht repräsentativen Umfrage zu dem Thema, die die USA auf ihren sozialen Netzwerken durchführte, angereichert.

Insbesondere zwei Momente sind hierbei auffällig:

Zum einen sind im emotionalen Inventar der jungen Generation, die die Sowjetzeit nicht mehr erlebt hat, spezifische Deutungs- und Erklärungsmuster der geschichtlichen und politischen Vorgänge in der Ukraine insbesondere der 30er und 40er Jahre des vergangenen

Jahrhunderts fest verankert. Diese singulären geschichtlichen Ereignisse sind in ein größeres Narrativ über die systematische Unterdrückung und Bekämpfung der ukrainischen nationalen Identität in der Sowjetunion eingebettet. Dieser Ansatz trägt aber nicht die 70er und 80er Jahre der UdSSR, in denen gänzlich andere sozio-kulturelle Entwicklungen stattgefunden haben – unter anderem die enge Durchflechtung russischer und ukrainischer gesellschaftlicher und sozialer Beziehungen in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik USSR. Diese Zeit war auch geprägt durch ein „sich arrangieren“ mit dem System, der Suche nach persönlichen Freiheiten unter dem Mantel politischer und gesellschaftlicher Konformität – was weniger zur Mythenbildung im politischen, sozialen und privaten Umfeld geeignet ist. Daher sind es primär die Erlebnisse der Großelterngeneration, die den zeitgenössischen Diskurs beeinflussen, und deutlich weniger die Erlebnisse der Elterngeneration.

Zum anderen die noch weitgehend fehlende Reflexion der eigenen Möglichkeiten, den hier sich stetig verfestigenden Kreislauf von Stereotypen und Schuldzuweisung zu durchbrechen. Es ist nachvollziehbar, dass Jugendliche durch die Berichte und Bilder von Gleichaltrigen, die zu Tausenden im Kampf für die Freiheit und Selbstbestimmung des eigenen Landes ums Leben kommen, geschockt und nachhaltig geprägt sind. Aber gerade hier wäre eine qualitative Auseinandersetzung mit den Beweggründen, die die jungen Männer und Frauen auf der *anderen Seite* dazu bringen, dieselben Opfer und Leiden auf sich zu nehmen, zu erwarten. Ähnliches gilt beim Thema jugendliche Binnenvertriebene oder jugendliche Krimtataren:

Die ukrainischen Jugendlichen verorten sich primär noch als Teilmenge ihrer jeweiligen sozialen und gesellschaftlichen Gruppe mit relativ geringem Einfluss sowohl innerhalb dieser Gruppe als auch in der Gesellschaft insgesamt. Dass in einer demokratischen Gesellschaft aber Jugendliche und junge Erwachsene nicht erst darauf warten müssen, bis sie es im System „zu etwas gebracht haben“ um gesellschaftspolitischen Einfluss zu erlangen, ist immer noch neu im Denken der postsowjetischen Generation – trotz der großen Präsenz gerade von jungen Menschen beim Euromaidan.

Die Ergebnisse dieser Ausarbeitung sind daher insgesamt nicht konkludent, und können es auch nicht sein. Noch hat sich keine vorherrschende Interpretation der ukrainischen Identität im 21. Jahrhundert entwickelt. Die Ukraine ist ein Schmelztiegel aus Ost und West, Alt und Neu, Tradition und Moderne, Russisch und Ukrainisch Sprechenden.

„Ich habe eine gemischte Familie, es gibt bei uns Ukrainer, Russen, Weißrussen, Juden und Polen, deswegen weiß ich nicht, wer ich bin.“

Diese Vielfalt als Chance und nicht als Bedrohung aufzufassen ist vielleicht die wichtigste Herausforderung für die Jugend und für die nachhaltige Entwicklung der Ukraine in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts.

|| Daniel Seiberling

Auslandsmitarbeiter der HSS für die Ukraine, Rumänien und die Republik Moldau

Anna Masna

Zwischen Eurovision und Einberufung: Die nationale Identität ukrainischer Jugendlicher

Im Osten der Ukraine haben seit 2014 über 10.000 meist junge Menschen ihr Leben bei Kampfhandlungen verloren, über die bis heute noch nicht einmal begriffliche Klarheit herrscht. In Kiew dagegen ist nur wenig davon zu spüren - gelegentlich sammeln junge Männer in Tarnkleidung Geld für Freiwilligenbatallione oder Ausstellungen rufen zur moralischen Unterstützung derer auf, die im Osten heldenhaft das Vaterland verteidigen. Aber grundsätzlich ist das Bild eher geprägt von jungen Menschen, die sich mehr Gedanken um ihre persönliche und berufliche Zukunft machen, als sich mit den großen Fragen der ukrainischen Staatlichkeit und dem nationalen Selbstverständnis, dem sowjetischen Erbe in Geschichte, Staatsaufbau und dem Denken der Menschen auseinanderzusetzen. Europa ist für viele Jugendliche auch heute noch mehr verklärte Idee, die durch symbolträchtige Ereignisse wie die Fußball EURO-Pameisterschaft und EUROvision geprägt wird, als erlebte Realität.

Schlagwörter:

Nationale Identität - Erbe der Sowjetunion - Ukrainisches Nationalbewusstsein - Ende der Sowjetunion - Unabhängigkeit - Transformationsprozesse - Mentalität - Zivilgesellschaft - Orangene Revolution - Euromaidan - Europäische Integration - Wehrpflicht - Binnenflüchtlinge - Visafreiheit

ZWISCHEN EUROVISION UND EINBERUFUNG: DIE NATIONALE IDENTITÄT UKRAINISCHER JUGENDLICHER

|| Anna Masna

Wenn man die Vergangenheit und die Gegenwart der Ukraine analysiert wird rasch deutlich, dass der Begriff der "nationalen Identität" in diesem Land weder einfach zu fassen noch selbsterklärend ist. Die Ukraine ist ein riesiges Land, von unterschiedlichen nationalen und ethnischen Gruppen bewohnt, das sehr lange über keine eigene Staatlichkeit verfügte, unter verschiedenen anderen Staaten aufgeteilt war und am Schnittpunkt zwischen Osten und Westen liegt.

„Wir wohnen in einem Grenzland, alle Nationen sind da vermischt, ich habe keine Ahnung, was unsere nationale Identität ist.“

„Trotz der langen Zeit ohne Unabhängigkeit haben wir unsere nationale Identität erhalten.“

Das schwere Erbe der Sowjetunion

Ein wesentlicher Faktor für die Bestimmung der ukrainischen Identität, insbesondere unter Jugendlichen, war die knapp 70 Jahre dauernde Zeit als Teil der UdSSR. Die nationale Politik der Sowjetunion in Bezug auf die "Sozialistischen Sowjetische Republik Ukraine USSR" zielte wie bei allen anderen sowjetischen Gliedrepubliken auf die voll-

ständige Nivellierung eigener nationaler Identitäten und der Gestaltung eines „sowjetischen Menschen“ („homo sovieticus“). Ziel hierbei war es, einen neuen Menschentyp zu schaffen, der dann den Kommunismus und damit eine lichtvolle Zukunft in der ganzen Welt errichten sollte.

„Die Eltern sagen, sie lernten in der Schule, dass wir ein Sowjetvolk sind, alle Menschen Brüder und Schwestern und die nationale Identität nur das Land und die Gesellschaft teilt.“

Diese Idee des "homo soveticus" ist genauso utopisch, wie diejenige einer klassenlosen Gesellschaft. Nichtsdestotrotz machte sich das stalinistische Gewaltregime daran, diese Utopie mit eiserner Hand umzusetzen und hat dabei gegen das ukrainische Nationalbewusstsein sämtliche Register gezogen – eine künstlich erzeugte Hungersnot "Holodomor", Zwangsumsiedlungen ganzer Bevölkerungsgruppen, Massenrepressionen, Vertreibung, Erschießungen. Darüber hinaus wurde ein spezifisches Bildungs- und Parteiensystem eingeführt, das ebenso darauf ausgerichtet war, letzte Spuren ukrainischer nationaler Identität auszumerzen.

Umfrage der USA zur nationalen Identität ukrainischer Jugendlicher

Wie sehen sich ukrainische Jugendliche in ihrer Identität und nationalen Selbstverortung? Um diese Frage zu beantworten, haben wir über 300 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 35 Jahren aus unterschiedlichen sozialen Gruppen der ganzen Ukraine über facebook befragt. Die Befragten sind vor allem Teilnehmer unserer Veranstaltungen, unsere Freunde und „Freunde von Freunden“.

Die Antworten auf unsere Frage

„Wie identifiziert ihr Euch als Ukrainer oder Ukrainerin? Wie ist euer Verhältnis zur Ukraine?“, die zum Teil oben im Text wiedergegeben sind, liegen im Spannungsfeld zwischen

- *„Ukrainer - das ist nicht ehrenvoll“*
- *„Warum bin ich nur in so einem armen Land geboren?“*

und den positiveren Antworten:

- *„Ukraine – das ist Liebe und Patriotismus“*
- *„ja, wir sind Slawen, aber vor allem sind wir Ukrainer!“*

Zusammengefasst bedeuten diese Aussagen, dass sich eine nationale Identität der ukrainischen Jugend in einem Entwicklungsprozess befindet. Am besten wird dieser Prozess durch die Förderung der Kultur und geistiger Werte beeinflusst. Es ist ein Fehler zu glauben, dass in der jetzigen Situation des ukrainischen Transformationsprozesses vor allem die wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden müsse und Fragen der nationalen Selbstfindung zurückgestellt werden könnten.

Die Ukrainische Studenten Assoziation führt mit Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung hierzu Sommerlager durch, in denen Jugendliche aus verschiedenen Regionen der Ukraine ihre gemeinsame Geschichte, aber auch regionale Unterschiede thematisieren und diese in Bezug zu europäischen Werten setzen.

Nur diejenigen, die ihrem Land emotional verbunden sind, können die politische und wirtschaftliche Krise überwinden, erfolgreich gegen Korruption kämpfen und eine reife Zivilgesellschaft entwickeln.

Es ist ausgesprochen wichtig dabei, den Austausch zu erfolgreichen Beispielen aus den EU-Ländern zu pflegen und den Kontakt zu europäischen Jugendorganisationen und -verbänden zu intensivieren, um mit eigenen Augen die Europäische Union zu sehen und die europäischen Werte dank der Visa-Erleichterungen selbst zu erleben.

Neue Hoffnung oder enttäuschte Sehnsüchte?

Damit wurde eine massive Beeinflussung und Unterdrückung der nationalen Identität zu Gunsten einer sowjetischen Internationalität geschaffen, die nationale, kulturelle und religiöse Identifikation, Bräuche sowie Traditionen aushöhlte, unterdrückte und vielerorts auslöschte.

„Du bist darauf stolz, dass du Ukrainer bist und an deinen Traditionen festhalten, deine Sprache, Kultur, Religion beschützen willst.“

Die Sowjetunion zerfiel 1991 und es war damals ein entscheidender Fehler vieler Ukrainer, insbesondere von denen, die an der Staatsspitze standen oder Entscheidungen im Namen des Volkes trafen, zu glauben, dass die Unabhängigkeit selbstständig und ohne wei-

teres Zutun eine grundlegende Änderung der Mentalität und Selbstidentität des Volkes und der jugendlichen Bevölkerung mit sich bringen würde.

Diese erste Welle der Euphorie der Unabhängigkeit war aber schnell vorbei und in den 90er Jahren sah man sich einer schweren Wirtschaftskrise gegenüber, bei der viele Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, weil zahlreiche Betriebe, Gesellschaften und Organisationen ihre Arbeit eingestellt hatten. Gehälter wurden, wenn überhaupt, mit erheblichen Verzögerungen und manchmal lediglich in Naturalien ausgezahlt. Gerade unter den Jugendlichen herrschte Hoffnungslosigkeit; es herrschten Zweifel, ob man überhaupt in der Ukraine erfolgreich leben, arbeiten, eine Familie gründen und sich selbst verwirklichen könne.

„Die Eltern erzählen, wie gut und stabil die UdSSR gewesen war, die neuen Politiker rauben das Land aus und interessieren sich nicht für das Volk.“

Die Unabhängigkeit war plötzlich kein Wert an sich mehr, denn der „Gegner“ UdSSR war verschwunden und die Lebensqualität trotzdem merklich niedriger geworden. Viele Jugendliche sind in dieser Situation ausgewandert und nicht mehr in die Ukraine zurückgekommen.

„Hier kann erst in 100 Jahren etwas besser werden, das werde ich nicht mehr erleben.“

Revolutionen braucht das Land – zwei Schritte vor und ein Schritt zurück

Diese Welle der enttäuschten Hoffnungen und der Frustration und die da-

durch ausgelösten Emigrationswellen haben sich auch nach der „Orangen Revolution“ im November 2004 und teilweise auch nach der „Revolution der Würde“ 2013/2014, auch als Euro-maidan bezeichnet, wiederholt.

„Ich glaubte den Politikern, nahm an der Revolution teil, riskierte mein Leben, und die haben das Volk verraten.“

Zur Zeit des Putin-freundlichen Präsidenten Wiktor Janukowitsch wurde die Ukraine wieder als pro-russisches und pro-eurasisches Land verstanden. Während der „Revolution der Würde“ aber hat die Welt zum ersten Mal auch die Opfer gesehen, die die Ukraine für die Europäische Integration zu bringen bereit ist.

„Die ukrainische Identität – das ist die Identität eines Europäers.“

Krieg als identitätsstiftendes Element?

Einen besonderen Einfluss auf die nationale Selbstverortung der Jugendlichen in der Ukraine üben die Ereignisse in den Regionen des bewaffneten Konflikts im Donbass aus. Die Situation im Osten hat eine bisher nicht erlebte Entwicklung der Freiwilligenbewegungen und des sozialen und bürgerlichen Engagements ausgelöst. Daneben haben sich Hilfsorganisationen gebildet, die in unterschiedlichen Aktionen materielle und finanzielle Hilfe für die ukrainischen Soldaten sammeln. Hierbei ist wichtig zu erwähnen, dass sich nicht nur Vereine, Organisationen oder politisch Aktive engagieren, sondern vielfach auch einfache Jugendliche, die nirgendwo Mitglieder sind und bisher nicht gesellschaftlich aktiv waren.

„Ukrainer sein ist der Wunsch, für das eigene Land zu arbeiten und das Land zu schützen.“

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Mobilisierung der wehrfähigen jungen Männer und Frauen des Landes. Ein Teil dieser Gruppe wurde eingezogen und tut seine Pflicht, aber viele junge Ukrainer haben sich freiwillig für den Einsatz in der sog. ATO (Antiterroristische Operation) gemeldet. Manche sind vielleicht wegen einer schwierigen materiellen Lage oder aus gänzlich anderen Gründen dabei, aber die Bereitschaft dieser jungen Erwachsenen für ihr Land einzutreten zeugt von einer tiefen Identität als Ukrainer, aber auch als Europäer, da auch der Wunsch nach einem Mehr an europäischer Integration der Ukraine diesen Konflikt im Osten auflöst hat.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Binnenflüchtlinge in der Ukraine erwähnt werden. Ein Teil der Einwohner der besetzten Krim und der Gebiete Donezk und Lugansk waren gezwungen, in andere Regionen der Ukraine, in die Russische Föderation oder ins westliche Ausland wegzuziehen. Diejenigen, die in der Ukraine geblieben sind, identifizieren sich selbstverständlich als Ukrainer. Viele Binnenflüchtlinge erzählen, dass sie sich früher kaum Gedanken über ihre nationale (ukrainische) Identität gemacht hätten, aber bei der Entscheidung, wohin sie fliehen sollten, trafen sie die bewusste Entscheidung, in der Ukraine zu bleiben. Ein großer Teil von ihnen hat sich aktiv in die Gesellschaft ihrer neuen Heimatgemeinden eingebracht.



Quelle: Anna Masna.

Anna Masna ist seit 2012 die Internationale Sekretärin des Ukrainischen Studentenverbandes, einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Kiew. Geboren 1982 engagierte sie sich früh aktiv im politischen und gesellschaftlichen Leben der Ukraine. Nach einem Marketingstudium schloss sie 2007 noch ein Studium der Politikwissenschaften mit einem Master erfolgreich ab.

Internationaler Glamour als Lichtblick – der Weg nach Europa?

2004 und 2016 gewann die Ukraine den "Eurovision Song Contest" und damit das Recht, im Folgejahr Gastgeber dieser international angesehenen Veranstaltung zu sein. Dank dem Sieg der ukrainischen Sängerin Ruslana 2004 und der bereits angesprochenen "Orangen Revolution" wurde die Ukraine nicht mehr ausschließlich mit der Tschernobyl-Katastrophe identifiziert und für die westliche Welt „irgendwo bei Russland“ verortet.

„Ich interessiere mich nicht für (m)eine nationale Identität, das Leben muss gut sein.“

„Ich bin Kosmopolit, das ist meine Identität.“

„Es spielt keine Rolle, in welchem Staat man lebt und welche Sprache man spricht, solange man genug Geld hat.“

Kulturveranstaltungen mit dem „Euro-“ Präfix (hier ist auch die Fußballmeisterschaft „Euro2012“ in der Ukraine und Polen zu erwähnen) haben einen wesentlichen und positiven Einfluss auf die nationale und europäische Identifikation der jungen Ukrainer.

„Wir sind eine der ältesten europäischen Nationen und haben einen großen Beitrag zur Entwicklung der europäischen Zivilisation geleistet.“

Durch den Euromaidan, der in der Ukraine rückblickend als „Revolution der Würde“ bezeichnet wird, und nach der Annexion der Krim hat die Welt mit dem Sieg der ukrainischen Sängerin Jamala 2016 beim Eurovision Song Contest mehr über die europäische Identität der Ukrainer und die Problematik der Krimtataren erfahren. Die Krimtataren waren außerhalb der Ukraine nur einem engen Kreis von Fachleuten bekannt, aber nun hatte die Welt über die Tragödie des Volkes, das 1944 vom Stalin-Regime aus seiner historischen Heimat deportiert worden war, gehört. Die Mehrheit der Krimtataren, darunter sehr viele Jugendliche, ist seit 2014 von der annektierten Krim in die Ukraine geflohen. Die auf der Krim verbliebenen Krimtataren leiden noch immer unter politischen Repressionen seitens der Russischen Föderation.

„Die ukrainische Diaspora in der ganzen Welt bemüht sich, die ukrainische Kultur, Geistigkeit, Traditionen zu bewahren.“

|| Anna Masna

Internationale Sekretärin der Ukrainischen Studentenassoziation (USA)

Übersetzung ins Deutsche durch Elina Foinska

Mamadou Faye

African Youth Integration In Politics

While African youths have always been very visible and vocal in their pursuit of political change, they have largely failed to integrate into the party politics that currently dominate the continent. This problem is aggravated by a gerontic political class, that lacks the motivation to address the challenges of the future. Additionally, legal dispositions pose obstacles to the political participation of young people in many African countries. The resulting underrepresentation has caused distrust and non-involvement in politics that constitutes an additional threat for future developments on the continent. It is important for Africa to allow its youth to help shape their own destiny and political integration would be an important step in that direction.

Keywords:

Youth - Africa - Political Participation - African Population - Political Integration - Youth Representation

AFRICAN YOUTH INTEGRATION IN POLITICS

|| Mamadou Faye

From the independence period until 2017, starting with the Gambian political crisis, the African youth (<30 years old) has been a crucial driving force behind the political and social changes across the continent. It has always been visible and its partaking in demonstrations and popular uprisings have on many occasions decided if a political regime was to survive or be toppled. Nonetheless, discussions on African politics focus mainly on the democratic dichotomy or the conflict between a small elite and large parts of the population. They largely fail to address the universality of the underrepresentation of youths on this youngest of continents.

Intriguingly, the continuous participation of the African youth in major political transformation processes on the continent has not translated into political activity with regards to participation in elections, involvement in political decision-making or holding representative offices. African youths are generally not well represented by their public officials and a wave of political apathy has been the result, harming the prospect for improvements in the future.

Within this context, three questions concerning the relationships between young people and politics arise: What are the major causes of the youth's non-

integration in formal politics despite their significant role in the political history of the African continent in terms of change? How does this underrepresentation manifest in the political sphere with regard to the important weight of the youth in winning elections? And finally, what kind of measures should be undertaken in order to overcome such underrepresentation of the major force for development in Africa? These three questions will be explored by analyzing the youth's presence in state institutions and by considering social as well as economic indicators. A small survey was conducted among youths from different African countries in order to shed further light on the issue.

Outlining the Problem

While the ageing European continent has experienced a significant rejuvenation of its political class, the same cannot be said for Africa. This is all the more surprising given the abundance of young people on the continent. In terms of median age, the 20(!) youngest countries on the planet are located in Africa. In 2010, 70 percent of the African population was under 30 years old and slightly more than 20 per cent were between the ages of 15 to 24¹. These figures are a result of high fertility rates and low life expectancy. According to the UN:

“In 2015, 226 million youth aged 15-24 lived in Africa, accounting for 19 per cent of the global youth population. By 2030, it is projected that the number of youth in Africa will have increased by 42 per cent. Africa’s youth population is expected to continue to grow throughout the remainder of the 21st century, more than doubling from current levels by 2055.”²

This is bound to be a test on the continent’s already struggling education systems and labour markets. In turn, this will be a huge political challenge and it remains to be seen if existing political structures will find successful ways to address the issue. Unfortunately, this appears unlikely given the continent’s tradition of long serving presidents, whose developmental track records are mediocre at best. Currently, seven of the ten longest serving (non-royal) heads of state hold office in African countries. In Angola, Uganda and Zimbabwe, 80 percent of the population was not yet born when the current president took office.³ Clearly, this amplifies a feeling of political impotence and highlights the disconnection between the young population and the ageing political leadership. It would appear that the African continent is still plagued by a gerontic political cast, which lacks the dynamism, moral integrity and creativity that the youth embodies and could contribute to the political landscape of the continent.

Reasons for Non-Integration in Political Decision-Making

Nearly all African countries have known at some time in their evolution a

moment of instability that has either jeopardized (last North Mali crisis in 2012) or strengthened the functioning of their political institutions (Senegalese “Yen A Marre”-movement in 2011). The bolstering of institutions has enabled democratic consolidation, while languishing uncertainty (Libya in 2011, Burkina Faso political crisis in 2015) has created weak reigning institutions with regard to addressing populations’ needs and as a result mortgaged the social cohesion.

The relationship of the youth towards politics has not always been the same throughout African history. While the first wave of the African youth after the colonization was more likely to participate in political as well as non-political organizations (parties, associations, movements, syndicates ...), as exemplified by the Railwaymen Union across West Africa, the social fabric appears to have weakened across the continent. Today, there is a remarkable crisis that shapes the relationship between the under thirty-year-olds and the political arena dominated by their elders. The youth seems to lose the desire for integration in political parties, avoids taking part in elections as voter or candidate and most importantly refuses to support a political struggle within a legal organized structure.

Paradoxically, the young generation never fails to participate in major political uprisings whenever they happen in their respective countries, such as toppling a long-standing regime (revolution in Egypt, 2012), getting involved in demonstrations or occasionally marching for common grievances (labour, security, public

service, transparency, ...)⁴. However, they do so under the auspices of no particular legal formation. In this regard, one can quote the “FeesMustFall” movement in South Africa in 2015. This attitude reveals either a refusal of existing political parties by the young people or an exclusion of the youth from the formal political environment through legal tools or customary practices or both.



Source: Mamadou Faye

Mamadou Faye is from Senegal and graduated in law and international relations at Mohammed V University in Rabat / Morocco. His research interests range from law, democracy, management of conflicts and political crises to issues on youth.

Mamadou FAYE is further member of the senegalese students union in Morocco. In 2016 he completed an internship at the office of the Hanns Seidel Foundation in Rabat.

Nonetheless, politics remains a recurring topic in youths’ debates and it is certainly the case that they always keep their eyes on the political evolution of their countries, even when abroad. This can be seen in their contribution (leading demonstrations, claiming civilian liberty, defending their community against armed forces...) as active citizens, for example in the political upheaval that happened in North Africa (as well as the Middle East) with the “Arab Spring” that started in Tunisia in 2011. Similar contributions are observed in sub-Saharan Africa. Burkina Faso, with the movement “Balai Citoyen” (citizens’ broom) in 2015, and very recently the Gambia, with the defeat of Yaya Jammeh in the December

2016 presidential elections, are two examples. This attitude of the youth is a direct aftermath of several factors that concurred to create a mindset of mistrust towards the political sphere.

Concerning behavior of the African youth in politics, the young generation can be divided into three categories on the basis of the dimension of their political ambition or involvement: political project carriers within a political party, political ambition feeders outside of any structure and young people with apolitical sight.

However, all three categories suffer to varying degrees from the same obstacles that prevent them from taking part in the decision-making process. First of all, there is a long existing tradition in African societies called gerontocracy according to which decisions belong to the elders. The youth’s participation is reduced to compliance. While political decision making is now located in modern political institutions (elective or nominated positions) rather than informal traditional structures, the traditional mindset on “decision makers” does not seem to have evolved at the same pace. Since Africa’s demographic renewal is faster than the renewal of the political generation, conflicts between old-aged political actors and the young generation have emerged. Young people who do participate in political structures suffer a lot from a lack of respect regarding their capacities to occupy key positions in their own parties.

Secondly, legal dispositions pose an obstacle in a majority of African countries. These have, for a long time, made it possible to keep the youth away from key political offices in favor of the

elders. For instance, the voting age may differ from the required age for being a candidate for an elective position. Further, if ever there is equality after the ballot count for competitive positions, the favor will be given to the older candidate.⁵ While this is unlikely to often be the case, it demonstrates that legislation often favours the elder or incumbent. In Nigeria in 2015, Murtala Badaru's election was nullified⁶ by the State and National Assembly Elections Petitions Tribunal in Minna (the Niger state capital) on the ground of not having reached 30 years of age.⁷

Only few countries have started to soften their legal framework in this regard. In the majority of African countries today the minimum age for MPs is set between 25 and 30 years. This is true mostly for French speaking countries⁸, while the others (English or Portuguese speaking countries) seem to be more eager to lower the eligibility conditions relative to the age. In South Africa, for example, the passive suffrage in parliamentary elections is fixed at 18⁹, in Zambia at 21¹⁰, and at 23 in Tunisia¹¹ and in Morocco¹² respectively. If there are some legal efforts to promote the youth's integration in politics, under no circumstances should one ignore that these legal provisions do constitute obstacles for young people.

In addition, the youth no longer believes in the current political class, now that the heroes of independence have faded. The results of a survey conducted in March 2017, questioning 82 young people of different African countries, reveal that 71.6 percent of those surveyed have never voted, 46.9 percent of them estimate that their interests are not or only insufficiently

taken into consideration in the political programs and 38.3 percent of the surveyed said that their claims are totally excluded from political priorities.¹³ These factors lead to a continuous discouragement of young people to participate in politics.

As the medium age of African populations is under 30 years¹⁴, political actors have understood that the youth's potential in winning elections cannot be neglected any more. Therefore, both the youth and well-established political actors try to benefit from each other: youths offer their votes and politicians provide short-term benefits. A study on Uganda's political arena in 2016 reveals, "youth demographic dominance is used to champion the interests of particular dominant elites with no or little response to youth issues".¹⁵ In this bargaining perspective voting motivations of the youth is not driven by what is good for the future of the country, but only by maximizing short-term personal profit. Therefore, it contrasts with the competitive spirit of elections which should ideally be based on choosing the most suitable and competent candidate.

For a long time, youths have faced problems resulting from political decisions taken on their behalf while excluding them from the process. Statistics from the conducted survey further confirm the non-integration of the youth in politics, which is in part the young people's own responsibility. Most young people's rejection of politics might be understandable, but not justifiable. Among those surveyed 43.9 percent are not interested in politics, while 24.4 percent remain undecided.

Only 31.7 percent of the respondents have political ambitions. For a majority of youths, politics is the affair of corrupt and immoral people. An unfair system of justice, which the youth faces powerlessly, in addition to recurrent structural problems, due to an ineffective educational system and the lack of job creation policies, reinforce this assumption. These perceptions are confirmed by the results of a study by the Friedrich Ebert Foundation on the youth's engagement in politics in Cameroon in 2011.

Recently, given the limited possibilities in public employment, young people are forced to create their own business instead of working as employees. Therefore, they face additional difficulties in obtaining funds from financial institutions due to a lack of warranty or valuable mortgage. The restrictive compulsory procedures in accessing funds are often connected to decision makers who fear interference in their own economic activities. According to Mr. Diouf Ibrahima, the director of the Small and Medium-Sized Enterprises Union in Senegal, 65 percent of small and medium-sized enterprises in Senegal disappear within the first year of creation¹⁶. In Cameroon, two-thirds of the 40,502 enterprises created in 2010 have disappeared by May 2016.¹⁷

These factors, amongst others, forward young people's interest in the political decision-making process. Therefore, the question how to promote the youth's involvement in major decision-taking, as well as by which means they can gain influence and leadership positions in effective governance, has to be raised.

Recommendations to Overcome Youth Underrepresentation in Political Decision-Making Processes in Africa

A look at significant and fruitful changes or revolutions in history reveals that these were mostly precipitated by those, who were discontent with the previous system. The decolonization processes in Africa in the 1950-60s (Ghana in 1957, Algeria in 1962) or the accession to multiparty system (Senegal in 1974) are meaningful examples for the youth of today. It is up to the youth to address its underrepresentation in the political decision-making processes. However, how could such a breakthrough occur? If there are different manners to lead "the struggle", the strategy for promoting youth representation in politics must be carefully thought out in order not to reproduce a similar system of political exclusion.

There is an undefeatable force in the youth that every political formation has to take into account: it is the strength in numbers. As highlighted above, the vast majority of Africans is below 30 years of age. The typology of African political parties shows that, due to the electoral systems (proportional and/or majority), currently no elite political party – *parti de cadre* – exists and prevails. Most parties are based on mass participation, including a high number of young supporters. Thus, if youths are not well-integrated, they are, to a certain degree, accountable for their own non-integration in the political decision-making process. To overcome underrepresentation, two elements have to be taken into consideration: first, the youth itself and second, political authorities.

First, as today's world is determined by information and news, whoever disposes of information, detains the power over the other stakeholders. Thus, the first step for a better inclusion in the decision-making process is to improve information seeking, not only relative to the youth's immediate interests, but also with regard to information sensitive to the political arena. This comprises the understanding of how state institutions work, what legal dispositions regulate, what are the citizen's rights and duties and how can they defend their rights, how citizens access information concerning the economic situation of the country, the political measures (in discussion or already adopted), the political programs of different parties (their ideology and priorities) and how to link recent political, economic and social developments.

This is an attitude that has to be developed through debates, simulations or workshops. By these means, the youth will gain advanced awareness on specific issues and will be better prepared to defend a precise position on a relevant issue.

Access to information is crucial because it enables transparent policy-making with equal and balanced governing. Youths should operate in existing formal political and civilian entities or create new legal structures beyond which they act. These legal organisms (new or ancient) guarantee recognition of the youth by the political authorities. Mostly they draw the attention of states' institutions on the emergence of a non-neglectable movement in the political arena. With these tools above, two scenarios are possible:

Youths operating within an existing party: they gain respect and consideration thanks to their ability to objectively and clearly defend a certain position towards other members or by representing their own party. Furthermore, they constitute an asset that the concerned party does not want to lose. Subsequently, getting access to the decision-making process will be the rule and not the exception of the rule.

Youths opting for the creation of new structures: they will be coveted and concurred with by formal existing political parties at the same time. When taking this path, youths should remain vigilant towards those actors who support their actions and others who may approach them in order to strengthen their own electoral clientele. The legalization of independent candidatures (in presidential, parliamentary or local elections) without political affiliation across the African continent will benefit youth movements, mostly in local and parliamentary elections.

If the youth is the driving force behind its own political integration, authorities also have a real responsibility to meet. It is among their duties to promote legal frames to the benefit of the young generation. The political and social maturity of young people determines the nature of the future population of a country. If underrepresentation of the youth persists, the same system will shape states institutions in the coming 25 years, including the underrepresentation of the youth's complaints and priorities in the political programs. Politicians cannot neglect the underrepresentation of the young generation in the future.

The analysis of some legal dispositions relative to the voter turnout in African countries shows a disadvantage towards youth, as highlighted above. Age-related barriers should be lowered (equating active and passive suffrage) and capacity enhancement campaigns on election issues to raise awareness among young people should be launched, including the right of access to information that has not yet been settled in many African countries. However, this is still not enough because it does not guarantee an adequate representation of the youth in the elective positions. Legal dispositions should enact and protect a quota system that reserves a minimum number for youths in electoral lists of political parties and the total number of members of parliament. In Uganda, only five seats in the parliament are reserved for young people. In the Kenyan parliament, only twelve seats are dedicated to persons nominated by political parties who defend particular interests of the youth. In Morocco, candidates below forty years of age are granted thirty seats in Parliament.¹⁸

Furthermore, with the ongoing decentralization process in nearly all African countries, local authorities should incorporate in their development programs activities of political integration for youths of their constituency. These programs should encourage the youth's political interest adapted to the social, religious and ethnical configuration of the concerned locality.

In summary, the underrepresentation of young people in the political decision-making process is a counterproductive practice for all societies. It is the

convergence of several factors that requires a serious reflection on how to better listen to the youth's priorities and include them in the decision-making process. The negligence of the youth's demands and non-effective development programs have produced cyclical waves of social contestations and rendered the young generation vulnerable towards violent organizations such as Boko Haram in North Nigeria, Cameroon and Chad, pirate groups in the Gulf of Guinea and the Al Shabaab group in Somalia. Similarly, this fueled the violent conflicts that ravaged Liberia and Sierra Leone in the 1990s.

Today, all claims hailed by the youth in Africa share the same transcendent bases, such as the creation of job opportunities, social justice, effective education systems and better living-conditions. It is not justifiable that none of the African countries has solved the youth's primary problems during the last half century. Due to high fertility rates (7.81 in Ivory Coast, 7.6 in Kenya, 7.63 in Niger¹⁹) the African youth will continue to grow in the upcoming years. Further, we have witnessed how social media influences sociopolitical developments, as the Arab uprising in 2011 has shown. Now is the time for government and non-government actors to think about its negligence of the youth in the political decision-making process and to determine whether its continuation is sensible, given the risk for large-scale uprisings.

Conversely, does the youth have to stay outside the political field and remain underrepresented to become the priority of political programs? Serious consequences of these latter options

have to be taken into consideration. By supporting the youth's integration in politics, African governments will gain more (democracy reinforcement, social cohesion and social justice, better understanding of youths' claims) than they would lose.

|| Mamadou Faye

Former intern at the office of the Hanns Seidel Foundation in Rabat and currently translator for UNHCR in Rabat

REMARKS

- 1 Cf. UN (2010): Regional Overview: Youth in Africa, URL <https://social.un.org/youthyear/docs/Regional%20Overview%20Youth%20in%20Africa.pdf> [15.06.2017].
- 2 Cf. UN (2015): Youth Population Trends and Sustainable Development, URL <http://www.un.org/esa/socdev/documents/youth/fact-sheets/YouthPOP.pdf> [10.06.2017].
- 3 CNN (2015): Africa is young. Why are its leaders so old?, URL <http://edition.cnn.com/2015/10/15/africa/africas-old-mens-club-op-ed-david-e-kiwuwa/index.html> [10.06.2017].
- 4 Cf. Mandela Institute for Development Studies (MINDS) (2016): Youth participation in election in Africa, an eight country study, p. 21.
- 5 Cf. Art. 42 of "Act three of the decentralization" in Senegal, 2013.
- 6 Cf. Nairaland (2015): Tribunal Nullifies Murtala Badaru's Election For Not Attaining 30yrs, URL <http://www.nairaland.com/2647612/tribunal-nullifies-murtala-badaru-election> [15.06.2017].
- 7 Cf. Art.65, Chapter 5 of the Constitution of Nigeria, 1999.
- 8 Cf. Art. 199 of the Electoral Code of the Central African Republic, 2009; Art. 197 of the Electoral code of Togo, 2007); Art. 120 of the Electoral Code of the Democratic Republic of 2011.
- 9 Cf. Art. 47 of the South African Constitution, 1996.
- 10 Cf. Art. 70 of the Zambian Constitution, 2016.
- 11 Cf. Art. 76 of the Tunisian Electoral Code, 2009.
- 12 Cf. Art. 41 of the Moroccan Electoral Code, 1997.
- 13 Cf. https://docs.google.com/forms/d/17pSgcai91w8Gf-wIXeqDbp2c24CFAbs_pDU3hTMzwl/edit#responses [18.06.2017].
- 14 Cf. UN (2015): World Population Prospects, URL: https://esa.un.org/unpd/wpp/publications/files/key_findings_wpp_2015.pdf [19.06.2017].
- 15 Michael Mugisha / Donnas Ojok / Yusuf Kiranda / Bruce Balaba Kabasa (2016): Youth Participation in Political Processes in Uganda: Exploring Opportunities and Constraints, in: Journal On Perspectives of African Democracy & Development; Vol. 1, Issue 1, p. 55-61.
- 16 Cf. Bakary Dabo : Au Sénégal 65% des Pme meurent à la première année, URL <http://mediaf.org/?p=4229> [16.06.2017].
- 17 Cf. Jeune Afrique (2016): Cameroun: le taux de survie moyen des entreprises est de moins de 30%, URL : <http://www.jeuneafrique.com/388019/economie/cameroun-taux-de-survie-moyen-entreprises-de-de-30/> [15.06.2017].
- 18 UNDP (2013) : Améliorer la participation politique des jeunes à travers tout le cycle électoral. Guide de bonne pratique, p. 22.
- 19 Cf. UN (2015): World Population Prospects.

HSS Tunesien

Zwischen Aufbruchstimmung und Resignation

Jugend in Tunesien

Tunesiens Bevölkerung ist jung: Die Hälfte aller Tunesier ist unter 30 Jahre alt. Sie waren es, die während der Umbrüche 2010/2011 als erstes auf die Straße gegangen sind und sie sind es, die heute am stärksten von der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der hohen Arbeitslosigkeit betroffen sind. Wo kurz nach dem Arabischen Frühling eine Aufbruchstimmung zu spüren war, hat sich vielerorts inzwischen Enttäuschung ausgebreitet. Wir haben mit vier jungen Tunesiern darüber gesprochen, wie sie die Zukunft ihres Landes sehen und welche Rolle gesellschaftspolitisches Engagement für sie spielt.

Schlagwörter:

Tunesien - Jugend - Politische Partizipation - Gesellschaftspolitisches Engagement - Zivilgesellschaft

ZWISCHEN AUFBRUCHSTIMMUNG UND RESIGNATION – JUGEND IN TUNESIEN

|| HSS Tunesien

Sie machen die Hälfte der tunesischen Bevölkerung aus, sind während des politischen Umbruchs 2010/11 als erste auf die Straße gegangen und leiden am meisten unter Arbeitslosigkeit: Die politische und gesellschaftliche Entwicklung Tunesiens betrifft in aller erster Linie junge Leute unter 30 Jahren.

Sechs Jahre nach der Flucht von Diktator Zine El Abidine Ben Ali hat sich in der jungen Generation Frust breitgemacht. Dabei sind es vor allem diese Themen, die die jungen Leute während des Umbruchs mobilisiert haben. 45

Prozent der jungen Leute aus sozial schwachen Vierteln gaben in einer Studie des Tunesischen Forum für wirtschaftliche und soziale Rechte (FTDES) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus dem Jahr 2015/16 an, bereit zu sein, ihr Land zu verlassen – auf legalem oder illegalem Weg. Mehr als 80 Prozent waren sogar bereit, Personen aus ihrem Umfeld finanziell bei der illegalen Migration zu unterstützen.¹

Viele haben den Eindruck, dass sich in wesentlichen Fragen wie Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Korruptionsbekämpfung

Projekte der HSS

Seit dreißig Jahren fördert die Hanns-Seidel-Stiftung die Etablierung von partizipativer Demokratie in Tunesien, Algerien und Libyen. Ein Schwerpunkt ist hierbei die Förderung von Frauen und jungen Menschen. Mit ihren langjährigen Partnern aus Staat und Zivilgesellschaft unterstützt die Stiftung die Aus- und Fortbildung junger Menschen, um ihre Bereitschaft zur politischen Partizipation zu stärken.

Zusammen mit ihren Partnern arbeitet die HSS Tunis beispielsweise an der Erweiterung des Wissens und der praktischen Kompetenzen junger Parteimitglieder aller Parteien. Diese erlernen in Workshops und Seminaren Grundkenntnisse des tunesischen politischen Systems, Prinzipien der guten Regierungsführung und die Umsetzung von bürgernahen Projekten in der Lokalpolitik.

Auch junge Akteure der Zivilgesellschaft werden in variierenden Ausbildungsformaten von der HSS mit notwendigem Hintergrundwissen ausgestattet, welches ihnen eine fachkundige Beteiligung an politischen Prozessen ermöglicht und die Vertretung der zivilgesellschaftlichen Interessen stärkt.

Ein weiteres Projekt zielt insbesondere auf die Förderung junger Frauen ab, die in Workshops und Seminaren auf eine Kandidatur bei den im Dezember 2017 anstehenden Kommunalwahlen in Tunesien vorbereitet werden.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:

www.hss.de/tunesien

oder Entwicklung der verarmten Landesinneren zu wenig bewegt und dass die Probleme ihrer Generation für die Regierung keine Priorität haben.

Gleichzeitig engagieren sich nur wenige junge Leute in der Politik. So erneuert sich die politische Klasse in Tunesien nur langsam. Junge Politiker in Entscheidungspositionen sind eine Seltenheit und Figuren wie der 41-jährige Regierungschef Youssef Chahed eher die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Dafür boomt die tunesische Zivilgesellschaft: Unzählige Nichtregierungsorganisationen wurden nach 2011 gegründet, als das Vereinsgesetz liberalisiert wurde. Inzwischen gibt es in Tunesien rund 20.000 eingetragene Vereine und NGOs. Viele junge Leute sehen hier mehr Chancen, sich für ihre Interessen einzusetzen, als in verkrusteten Parteistrukturen.

Wir haben mit vier jungen Menschen darüber gesprochen, wie sie die Zukunft ihres Landes sehen und welche Rolle gesellschaftspolitisches Engagement für sie spielt.

|| HSS Tunesien

Amenallah Bensalem



Der 28-jährige Amenallah Bensalem hat 2012 seinen Abschluss als Steuerberater gemacht. Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit und mehreren Übergangsjobs arbeitet er seit September 2016 in der Verwaltung einer Firma. Er interessiert sich für Kino und würde gerne eines Tages Film studieren.

Quelle: Sarah Mersch.

Quelle: Sarah Mersch.

Warum engagieren Sie sich nicht politisch oder gesellschaftlich?

Ich habe zur Zeit der Revolution durchaus verfolgt, was in Tunesien passiert. Ich war auch auf einigen Demonstrationen, habe Nachrichten geschaut und mir meine Gedanken zur Situation des Landes gemacht. 2011 bin ich auch noch wählen gegangen, aber als Ennahdha² die Wahlen gewonnen hat, war es damit vorbei: 2014 bin ich nicht wählen gegangen und ich glaube, ich werde auch bei den kommenden Kommunalwahlen nicht gehen. Ich war enttäuscht, denn das Land hat sich nicht so entwickelt, wie ich es mir erhofft habe. Deshalb verfolge ich gar nicht mehr, was politisch passiert – so wie viele andere Leute auch. Ich sehe einfach nicht mehr klar und verstehe nicht, was in Tunesien vor sich geht. Das führt dazu, dass man in seiner eigenen Blase lebt: Ich habe mich entschieden, nur noch das zu tun, was mir Spaß macht: Filme zu sehen und Freunde zu treffen. So fühle ich mich wohler.

Wie sehen Sie die Zukunft Tunesiens?

Ich bin eher pessimistisch, denn ich habe den Eindruck, dass wir in einem Kreislauf gefangen sind, aus dem wir nicht herauskommen. Die politische Klasse ist korrupt und erneuert sich nicht, selbst wenn heute eine andere Person an der Spitze steht als gestern. Alle sechs, sieben Monate haben wir einen neuen Premierminister oder es

gibt eine Regierungsumbildung, aber das ändert nichts. Ich habe nie einen Politiker erlebt, der sich hingestellt und gesagt hat: Wir müssen arbeiten, um voranzukommen. Ich sehe niemanden, der eine Strategie für die kommenden vier, fünf Jahre hat. Ich vermisse eine Vision für unser Land.

Wenn Sie die Zukunft Ihres Landes nach Ihren Wünschen gestalten könnten, welche Schwerpunkte würden Sie setzen?

Wir müssten alle arbeiten und mit anpacken. Auch im kulturellen Bereich müsste sich viel verändern: Wenn man sich zum Beispiel das Fernsehen anschaut, dann erkennt man schnell, dass etwas passieren muss. Das schlechte Niveau ist symptomatisch für den Mangel an Kultur.

Khawla Ksiksi



Quelle: Sarah Mersch.

Die 25-jährige Juristin Khawla Ksiksi arbeitet seit 2015 bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Tunis, wo sie als Praktikantin angefangen hat. Sie würde gerne eines Tages in Deutschland Soziologie studieren. Im Moment denkt sie darüber nach, sich vielleicht doch wieder zivilgesellschaftlich zu engagieren.

Warum engagieren Sie sich nicht politisch oder gesellschaftlich?

Früher habe ich mich engagiert, aber zwischenzeitlich habe ich die Hoffnung fast aufgegeben, dass sich dadurch etwas ändert, deshalb habe ich davon Abstand genommen. Ich habe mich vor allem im Bereich der Menschenrechte und gegen Diskriminierung und Rassismus engagiert.

Warum haben sie ihr Engagement abgebrochen?

Mir geht es wie vielen jungen Tunesiern: Ich hatte den Eindruck, es bringt nichts. Das hat mich deprimiert. Wenn man zum Beispiel Förderanträge stellt, dann erhält nicht das beste Projekt eine Finanzierung, sondern es geht danach, wer wen kennt. Selbst innerhalb der Vereine werden Teilnehmer von Projekten teilweise danach ausgewählt, ob sie mit dem Vorsitzenden befreundet sind oder nicht. Wenn so etwas mehrfach passiert, dann ist das enttäuschend. Das hat dazu geführt, dass mir mein Engagement nutzlos vorkam.

Wie sehen Sie die Zukunft Tunesiens?

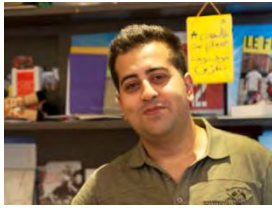
Ich bin sehr pessimistisch, denn die kommenden Generationen werden noch schlimmer sein als unsere. Ich finde die jungen Leute heute sehr oberflächlich: Sie

verteidigen nur ihre eigenen Interessen. Nur eine Minderheit versucht, Dinge zu verändern und denkt an die Zukunft des Landes. Das fängt im Alltag an: Selbst seinen Müll nicht einfach auf die Straße zu werfen ist eine kleine, positive Geste für die Zukunft unseres Landes. Wenn aber diese egoistische Generation jetzt Kinder kriegt, wird es noch schlimmer werden. Ich habe aber noch ein ganz klein bisschen Hoffnung, dass die engagierte Minderheit sich zum Wohl Tunesiens durchsetzt. Aber das wird noch hundert, zweihundert Jahre dauern.

Wenn Sie die Zukunft Ihres Landes nach Ihren Wünschen gestalten könnten, welche Schwerpunkte würden Sie setzen?

Ganz klar: Bildung und Erziehung. Als ich mich noch engagiert habe, hatte ich darüber nachgedacht, ein Zentrum für Eltern und ihre Kinder zu gründen, denn wir müssen auch mit den Eltern über ihre Erziehungsmethoden nachdenken. Für unsere Generationen ist es zu spät. Aber die Bildung der kommenden Generationen ist der Sockel für eine bessere Zukunft des Landes.

Ali Bousselmi



Quelle: Sarah Mersch.

Ali Bousselmi, 28 alt, macht gerade seinen Master in Umweltrecht und beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit den Rechten von Flüchtlingen.

Er hat sich zunächst in der tunesischen Sektion von Amnesty International engagiert, bevor er nach der Revolution den Verein „Mawjoudin“ (deutsch: Wir existieren) mitgegründet hat, der sich für die Rechte von sexuellen Minderheiten einsetzt.

Warum engagieren Sie sich politisch und gesellschaftlich?

Mit der Revolution ging ein frischer Wind durch unser Land. Das war der Moment, an dem ich dachte, dass es wohl an der Zeit sei, dass ich mich auch engagieren sollte. Mir war damals bewusst geworden, dass wir Druck ausüben müssen, weil Grundprinzipien der Menschenrechte in Tunesien noch immer missachtet werden. Zunächst haben wir den Verein „Artikel 13“ gegründet: Denn während es zwar zunächst viel Unterstützung für die Flüchtlinge gab, die Anfang 2011 aus Libyen über die Grenze nach Tunesien gekommen sind, hat sich kaum jemand längerfristig für diese Menschen interessiert. Nach ein paar Monaten blieben noch zwei oder drei Vereine übrig. Zu den Rechten von LGBT-Personen wollte damals keine der großen Organisationen arbeiten, also haben wir „Mawjoudin“ gegründet.

Wie sehen Sie die Zukunft Tunesiens?

Ich sehe sie vor allem verschwommen. Aber ich bin optimistisch, sonst könnte ich gar keine Projekte über drei, vier, fünf Jahre entwickeln. Denn wie man es auch dreht und wendet, es tut sich etwas: Es gab eine regelrechte Explosion von neuen Vereinen seit 2011. Und wenn zum Beispiel junge Leute wegen Haschisch-Konsum oder Homosexua-

lität verhaftet werden, dann reden wir heute darüber. Vor 2011 wurde das totgeschwiegen. Heute sprechen wir darüber und versuchen die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Nicht wenige Betroffene werden dann auch tatsächlich freigesprochen. Allein die Tatsache, dass heute öffentlich über Rektaluntersuchungen [als Nachweis von Analverkehr, Anm.d.Red.] gesprochen wird und dass wir gemeinsam mit anderen Organisationen bei den Vereinten Nationen zur Situation von sexuellen Minderheiten in Tunesien gehört werden, das ist ein großer Schritt. Wir haben es geschafft, Tabus zu brechen. Das war nicht einfach und wir werden sicher auch in Zukunft noch eine ganze Reihe an Hindernissen überwinden müssen.

Wenn Sie die Zukunft Ihres Landes nach Ihren Wünschen gestalten könnten, welche Schwerpunkte würden Sie setzen?

Der Schutz von Menschenrechten ganz allgemein, denn es ist quasi nicht möglich, in Sachen Menschenrechten Prioritäten zu setzen und zu sagen, das eine ist wichtiger als das andere. Am wichtigsten erscheint mir in dieser Hinsicht, die Arbeit der Vereine und Institutionen zu koordinieren, die zu den verschiedenen Aspekten der Menschenrechte arbeiten, und Allianzen zu stärken.

Sourour Askri



Die 25-jährige Psychologin Sourour Askri arbeitet in einem Callcenter. Daneben engagiert sie sich ehrenamtlich bei „Esmaani“

Quelle: Sarah Mersch. (deutsch: Hör mir zu), einer Organisation die Kranke, vor allem Kinder und ihre Familien, bei Krankenhausaufenthalten unterstützt.

Warum engagieren Sie sich gesellschaftlich?

Seit ich klein war, habe ich gesehen, dass viele Dinge schief laufen in unserer Gesellschaft. Damals wollte ich noch die ganze Welt ändern. Heute bin ich Realistin und versuche, in meinem persönlichen Umfeld oder in einem klar abgesteckten Rahmen Dinge anzustoßen. Die Entscheidung für Esmaani hat einen persönlichen Hintergrund: Als ich klein war musste meine Schwester ins Krankenhaus und meine Mutter durfte nicht die ganze Zeit bei ihr auf der Station bleiben. Sie hat sehr darunter gelitten. Als ich von Esmaani gehört habe, die im Kinderkrankenhaus arbeiten, war mir sofort klar, dass ich mich bei ihnen engagieren will, um die Patienten psychologisch und moralisch zu unterstützen und um den Müttern einen Teil der Last abzunehmen – denn meistens sind sie es, die sich für alles verantwortlich fühlen. Wir besuchen regelmäßig die Stationen. Dort basteln oder malen wir zum Beispiel mit den Kindern oder führen Gespräche mit den Eltern.

Wie sehen Sie die Zukunft Tunesiens?

Wenn jeder einzelne von uns soviel wie irgend möglich gibt, dann kann sich unser Land in die richtige Richtung entwickeln. Das größte Hindernis ist die Angst vor Veränderung. Die Entscheidungsträger vertrauen der jungen Generation nicht und nehmen stattdessen hin, dass das Land stagniert.

Zum Glück gibt es viele Bürger, die sich engagieren. So haben wir die Chance, dass sich die Situation verbessert.

Wenn Sie die Zukunft Ihres Landes nach Ihren Wünschen gestalten könnten, welche Schwerpunkte würden Sie setzen?

Die Bildung ist wichtig, nicht nur in der Schule, sondern auch in den Familien. Auch Sexualerziehung ist dringend nötig, denn viele Jugendliche leiden unnötig, weil sie von Sexualität keine Ahnung haben.

Ganz wichtig ist außerdem der Gesundheitsbereich. Das sage ich nicht, weil ich oft in den Krankenhäusern unterwegs bin, sondern weil die Anzahl derer, die sich nicht einmal leisten können, ein staatliches Krankenhaus aufzusuchen, höher ist, als die der Patienten.

Ganz oben stehen für mich die Entwicklung der ländlichen Regionen und deren Zugang zu Infrastruktur, denn viele Bewohner können nicht zur Schule oder ins Krankenhaus gehen, weil sie schlicht nicht die Mittel haben, dort überhaupt hinzukommen.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. FTDES (2016): Les jeunes et la migration non réglementaire, URL http://ftdes.net/wp-content/uploads/2016/12/abstract.jeunes.migration.ftdes_.pdf [26.06.2017].
- 2 Ennahdha (deutsch: Renaissance) ist die größte islamisch orientierte Partei Tunesiens. Sie war zwischen Ende 2011 und Anfang 2014 stärkste politische Kraft in der Regierungskoalition. Ihre Kritiker werfen ihr vor, die Gesellschaft radikalisieren zu wollen und sich nicht klar genug von extremistischen Gruppierungen abzugrenzen.

Pauline Lemarron

Political Parties Primaries 2017: Youth in Kenya Win

Youth participation in political parties and political processes in Kenya has been limited. The main reason is a governance order within political parties that lacks inclusive democratic structures. Although political parties constitute youth leagues, major policy decisions are made by the party leadership without involvement of the youth wings. The youth perform administrative duties, manage online platforms, conduct campaigns as well as provide militant security or counteract militant attacks.

Despite their lack of campaign resources, a number of youth between the ages of 24 and 30 years won the nomination ticket for elective positions. This trend can be partly attributed to the devolution system. Devolution means decentralization of power, resources and representation at the local level. This system has contributed to bridging the gap between citizens and their leaders.

Keywords:

Kenya - Elections - Party Primaries - Youth - Political Parties - Youth Leagues - Devolution - Change

POLITICAL PARTIES PRIMARIES 2017: YOUTH IN KENYA WIN*

|| Pauline Lemarron

In “The revolution taking place at the global level in elections, for example in the United States of America and France whereby citizens are rebelling against the status quo as they want change is also taking place in Kenya,” said Prof. Herman Manyora, lecturer at the faculty of linguistics and languages at the University of Nairobi.

Herman Manyora analysed the recently concluded party primaries in Kenya that saw many incumbents losing their seats to little known individuals at the county level. These included cooks, security guards as well as former student leaders.

The party primaries took place between 13th April 2017 and 26th April 2017. Political parties in government (Jubilee) and opposition (NASA) alliances elected their representatives to vie for elective positions in the upcoming August general elections. These positions are the President and the Deputy, Senator, Member of National Assembly, Women Representative, Governor and the Deputy and the Member of County Assembly (MCA) as stipulated in the Constitution of Kenya.

In a telephone interview, Herman Manyora indicated that Kenyans are frustrated with the establishment thus voting for politicians who understand

their problems on the ground. The youth were among the big winners of the primaries.

A number of young people who were mostly former University student leaders won to vie for the MCA ticket of their respective parties.¹ Young candidates, between 24 and 30 years old beat their opponents despite their lack of campaign resources. In Starehe constituency, two youth candidates namely Steve Mbogo and Charles Njagua, both in their early 30s, won to vie for the seat of Member of Parliament in the August general elections. In Nandi county, senator Stephen Sang, 31, won the gubernatorial race, a step that will make him the youngest governor in Kenya if he wins the forthcoming elections.

Okoth Opondo, head of governance and events at the media company Well Told Story, cited that the youth were the driving force behind the primaries. “Youth in Kibra constituency were the major decision makers of who was going to win,” said Opondo in a telephone interview.

In his Kibra constituency that constitutes five wards, the MCA seat was won by youth in three wards. He said most youth in his constituency decided to vie for the MCA seat due to its importance in

proximity to the people. Opondo cited that due to financial constraints to conduct campaigns, the youth employed the door-to-door campaigns to woo voters. “Many youth with political aspirations will be inspired by these results to vie for elective positions in the next general elections in 2022,” he concluded.

Unlike any other party primaries conducted in the past, the 2017 nominations were unique as the unprecedented results they produced depicted a new wave of confident electorate that voted for leaders that deliver as opposed to the past where the electorate voted for close allies of the political establishment.

For instance, in Nandi County, the incumbent Governor Dr. Cleophas Kiprop Lagat, Woman Representative and 22 MCAs were all trounced. In Nairobi, the current senator Mike Mbuvi Sonko won to clinch Jubilee Party’s gubernatorial ticket after beating the 2013 presidential hopeful Peter Kenneth, who resonates well with the middle and upper class electorate. Senator Sonko is an entrepreneur turned politician who has attracted Kenyans across the political and tribal divide. To many Kenyans, especially the lower class, Sonko is their ‘saviour’ or their ‘robin hood’ who understands their problems and always rescues them.

“People are tired of rhetoric. They want fresh and energetic blood that can deliver and there is a revolution taking place in Kenya especially through social media,” said Victor Ayugi in a telephone interview. Victor Ayugi is a young politician who is a beneficiary of training provided to political parties youth leagues

funded by the Hanns Seidel Foundation (HSF) Kenya & Ethiopia. Victor Ayugi lost his bid for the Member of Parliament of Kibra constituency at a very narrow margin. He however vowed to vie again in the 2022 general elections.

Political analysts in Kenya have concluded that devolution played a major role in influencing voters’ decision during the primaries as those aspirants with the knowledge of the people and their needs won.

In the Daily Nation newspaper, Prof. Karuti Kanyinga of the Institute for Development Studies at the University of Nairobi opined that devolution has given voters the confidence to exert themselves in the electoral process.² He also pointed out that voters have realised that they don’t have to support the government or the opposition in order to get services as devolution has paved way for unconditional resources at the county level.

Kenya’s primaries could be seen as a revolt of the ordinary people.³ The voters seemed to question the political establishment with the intention of shaking up the status quo by punishing the non-performing leaders in their respective counties. Prof Nyaga Kindiki of Moi University attributed these results to Kenyans becoming more and more aware of their rights and power.

These latest development has also led a large number of incumbents and aspirants who lost in the primaries to vie during the August general elections as independent candidates. Estimates show that the Independent Electoral and Boundaries Commission (IEBC) has cleared 4,000 aspirants to run as independent candidates. This number is high

compared to only 350 running as independent candidates in the 2013 general elections. The chairman of Centre for Multiparty Democracy, Omingo Magara, says that independent candidates who lost in the primaries are likely to win during the August elections. This, he warns, will pose problems to Parliamentary speakers as these leaders have no parties to guide them on the positions to take regarding issues in Parliament.⁴ Such leaders, he argues, are not loyal to any party.

In a Standard Newspaper article, experts cite that in the long run there would be need for legislation⁵ to redesign how Parliament and County Assemblies operate should the independent candidates form the majority in Parliament.

“When these independents are the majority in Parliament, the traditional roles of the majority and minority might be redefined,” said Elijah Ongoya, the Dean of Kabarak University Law School. He added that in light of such, successful independent candidates might impact on prevailing power structures (the two horse race) and contribute to an unexpected election outcome going forward.

A recent report published by the Kenya National Commission on Human Rights (KNCHR) shows that the primaries were marred by bribery, violence, missing names of candidates, harassment, intimidation as well as manipulation of the voter register.⁶ Due to this, many fear that such incidences would be reflected in the general elections. Prof. Nic Cheeseman, faculty of Democracy and International Development at Birmingham University, does not foresee a repetition of chaos and violence to take

Projects of the HSF

The Hanns Seidel Foundation (HSF) Kenya contributes to the institutional strengthening of political parties and their youth wings both in government and opposition. HSF's partner organization, the Institute of Communication and Development International (ICDI) provides capacity building for young politicians.

The capacity building interventions are aimed at improving knowledge about the Constitution of Kenya, structures and roles of the national and county governments, the rule of law, principles of transparency and accountability, democratic party structures and public participation.

In addition, trainings feature practical components to develop skills in political communication, campaign strategies, networking, digital technology as well as to step-up self confidence among young politicians.

The HSF also conducted a study exchange trip for six young politicians in December 2016 to Berlin and Munich in Germany. Studies included various aspects of German politics. Participants also had the opportunity to network with like-minded young politicians from Germany. In March 2017, members of an international umbrella organization conducted a follow-up visit to Kenya as a way of continuing the exchange.

For more information visit:

<https://www.facebook.com/hsfkenya/>

place during the August elections.⁷ The consolidated opposition will be a prominent opponent and predictions expect a narrow victory margin.

|| Pauline Lemarron

Programme Assistant, HSF Kenya

REMARKS

- 1 Cf. Milicent Mwololo (2017): Meet a new breed of youthful politicians, URL <http://www.nation.co.ke/lifestyle/myNetwork/new-breed--youthful-politicians/3141096-3913824-6nuek4z/> [04.05.2017].
- 2 Cf. Kayuti Kanyinga (2017): Nominations have 'orphaned' central and Nyanza regions, URL <http://www.nation.co.ke/oped/Opinion/nominations-have-orphaned--central-and-nyanza-regions-/440808-3916410-62g4shz/index.html> [06.05.2017].
- 3 Cf. Muchemi Wachira (2017): Voters lead silent revolt as they sweep out powerful politicians, URL <http://mobile.nation.co.ke/news/Voters-lead-silent-revolt-to-kick-out-powerful-politicians/1950946-3907828-format-xhtml-e7owunz/index.html> [29.04.2017].
- 4 Cf. Michael Chepkwony (2017): Center for Multiparty Democracy raises alarm over high number of independent candidates, URL <https://www.standardmedia.co.ke/article/2001239091/center-for-multiparty-democracy-raises-alarm-over-high-number-of-independent-candidates> [09.05.2017].
- 5 Cf. Protus Onyango and Moses Nyamori (2017): What rise of independents means for Kenya's politics, URL <https://www.standardmedia.co.ke/article/2001239747/what-rise-of-independents-means-for-kenya-s-politics> [04.05.2017].
- 6 Cf. Lewis Nyaundi (2017): Party primaries were bogus, violent, fallacious, says KNCHR, URL http://www.the-star.co.ke/news/2017/05/16/party-primaries-were-bogus-violent-fallacious-says-knchr_c1561374 [16.05.2017].
- 7 Cf. Nic Cheeseman (2017): What chaotic party primaries mean for Kenya's General Election, URL <http://democracyinafrica.org/chaotic-party-primaries-mean-kenyas-general-election/> [02.05.2017].

*** Der Redaktionsschluss des Textteils dieses Artikels war vor den Wahlen vom 08.08.2017.**

Uta Staschewski, Pauline Lemarron, Sylvia Lanyasunya

Campaign Trail Woes - Von den Herausforderungen junger Politikerinnen in Kenia

Die Politik in Kenia ist noch immer eine Männerdomäne und Frauen müssen auf dem Weg in die Politik viele Hindernisse überstehen und Herausforderungen meistern. Mit dem innovativen Konzept des Tap-Chats möchte die Hanns-Seidel-Stiftung in Kenia dieses Thema einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen. Der abgebildete Chat spiegelt eine fiktive Unterhaltung zwischen JB, einer jungen Politikerin, und ihrer Freundin RL, wider. Zugleich unterstützt die HSS junge Frauen durch Weiterbildungsmöglichkeiten, den Weg in die Politik erfolgreich zu beschreiten.

Schlagwörter:

Kenia - Wahlen - Politikerinnen - Sexismus - Storytelling - Partizipative Forschung - Ko-Kreation - politische Beteiligung - Geschlechterstereotype - Human Centered Design

CAMPAIGN TRAIL WOES - VON DEN HERAUSFORDERUNGEN JUNGER POLITIKERINNEN IN KENIA

|| Uta Staschewski, Pauline Lemarron, Sylvia Lanyasunya

Kenianische Politikerinnen sehen sich in ihrem Streben nach einem öffentlichen Amt mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) Kenia griff dieses Thema auf und nutzt hierfür einen kreativen Problemlösungsansatz, der auf den Menschen ausgerichtet ist und sich die Perspektive der Zielgruppe zueigen macht. Ziel ist es, ein speziell auf die Bedürfnisse junger Politikerinnen abgestimmtes, innovatives Projekt zu entwickeln und hierdurch einen echten Nutzen zu schaffen.

Der mehrstufige Prozess beginnt mit einer Forschungsmethode, genannt Participatory action research, basierend auf Partizipation, Dialog, Beobachtung und gezieltem Nachfragen. Das Besondere an dieser auf Einfühlungsvermögen beruhenden Herangehensweise an komplexe Probleme ist, dass durch aktives Zuhören im Austausch mit der Zielgruppe ein tiefgreifendes Verständnis für die Probleme, Bedürfnisse und persönlichen Umstände eines jeden Einzelnen geschaffen wird.

Das Team der HSS organisierte ein Gespräch bei Kaffee und Kuchen mit jungen Politikerinnen. Dort konnten sich die jungen Frauen über ihre Motivation, sich um ein öffentliches Amt zu bewerben, mögliche Zukunftsszenarien von Politikerinnen in Kenia oder zu anderen

Fragestellungen offen austauschen. Wir erfuhren dabei, mit welchen alltäglichen Herausforderungen weibliche Kandidatinnen konfrontiert sind und wo sie Lösungsansätze und Chancen sehen. Außerdem fanden wir heraus, dass die Erwartungen und Bedürfnisse der Zielgruppe von dem ursprünglich von unserem Team angenommenen deutlich abwichen.

Um die gewonnenen Erkenntnisse nutzbar und sichtbar zu machen, haben wir uns eine Geschichte im Chat-Style-Format ausgedacht. Dabei geht es um eine fiktive Unterhaltung zwischen JB, einer jungen Politikerin, und ihrer Freundin RL. JB und RL geben beispielhaft unsere Beobachtungen im Kontext der „realen Welt“ wider. Die Übung hat maßgeblich dazu beigetragen, Cluster und Ideen für zukünftige Projekte aufzuzeigen.

Die Geschichte mit dem Titel „Campaign Trail Woes“ wurde auf der Plattform *Tap* veröffentlicht, einer Online-Plattform, die sich der Methode des „Storytellings“ (Geschichtenerzählens) bedient. Sie hat bereits 1.488 Leser. *Tap* ist eine App, die Geschichten in Form von Textnachrichten wiedergibt. Die Unterhaltungen lesen sich wie Privatgespräche auf einem Handy.

Die Geschichte dient im Übrigen primär als Instrument, um gemeinsam mit der Zielgruppe neue Denkmuster anzu-

stoßen, Ideen anzuregen und Lösungswege zu entwickeln. Als nächster Schritt steht dann die Projektgestaltung an, aus welchem später ein neues Konzept in der Form eines Prototypen, welches wir später gemeinsam mit der Zielgruppe testen werden, entsteht.

|| Uta Staschewski

Auslandsmitarbeiterin, HSS Kenia und Äthiopien

|| Pauline Lemarron

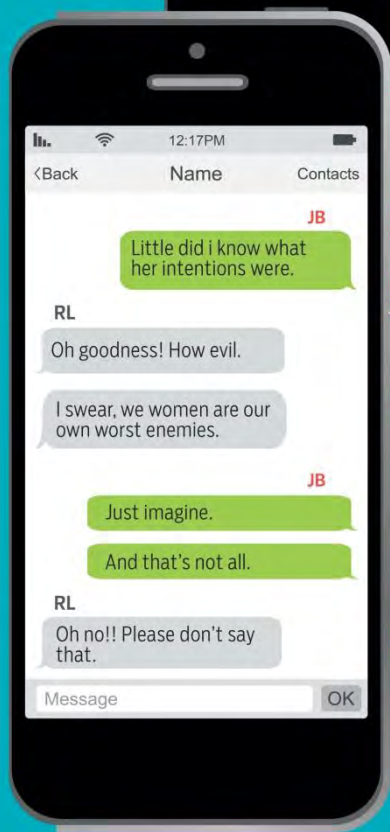
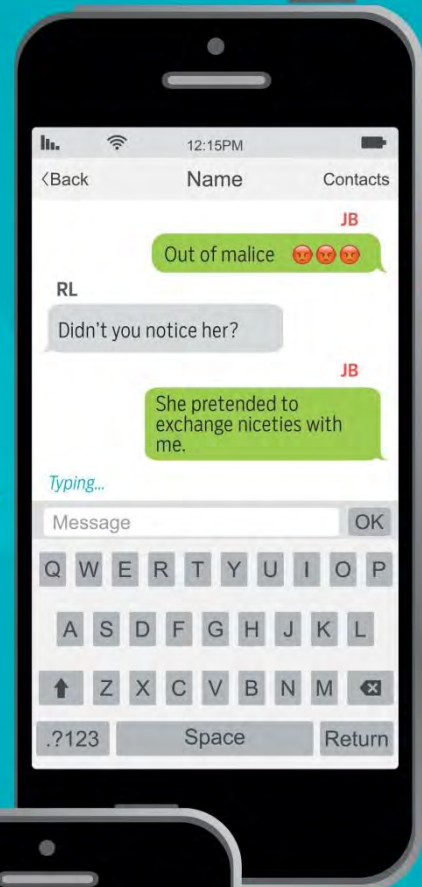
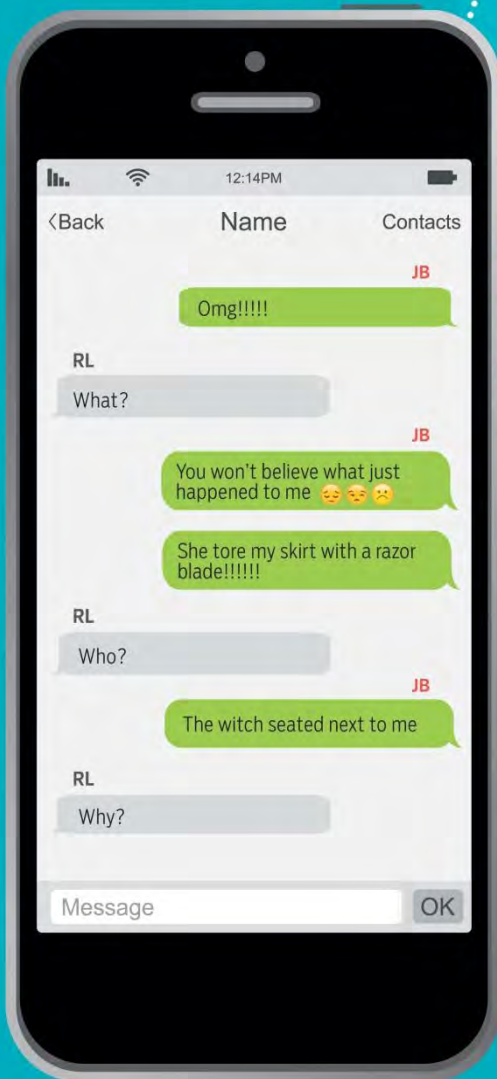
Programmassistentin, HSS Kenia

|| Sylvia Lanyasunya

Programmassistentin, HSS Kenia

CAMPAIGN TRAIL WOES

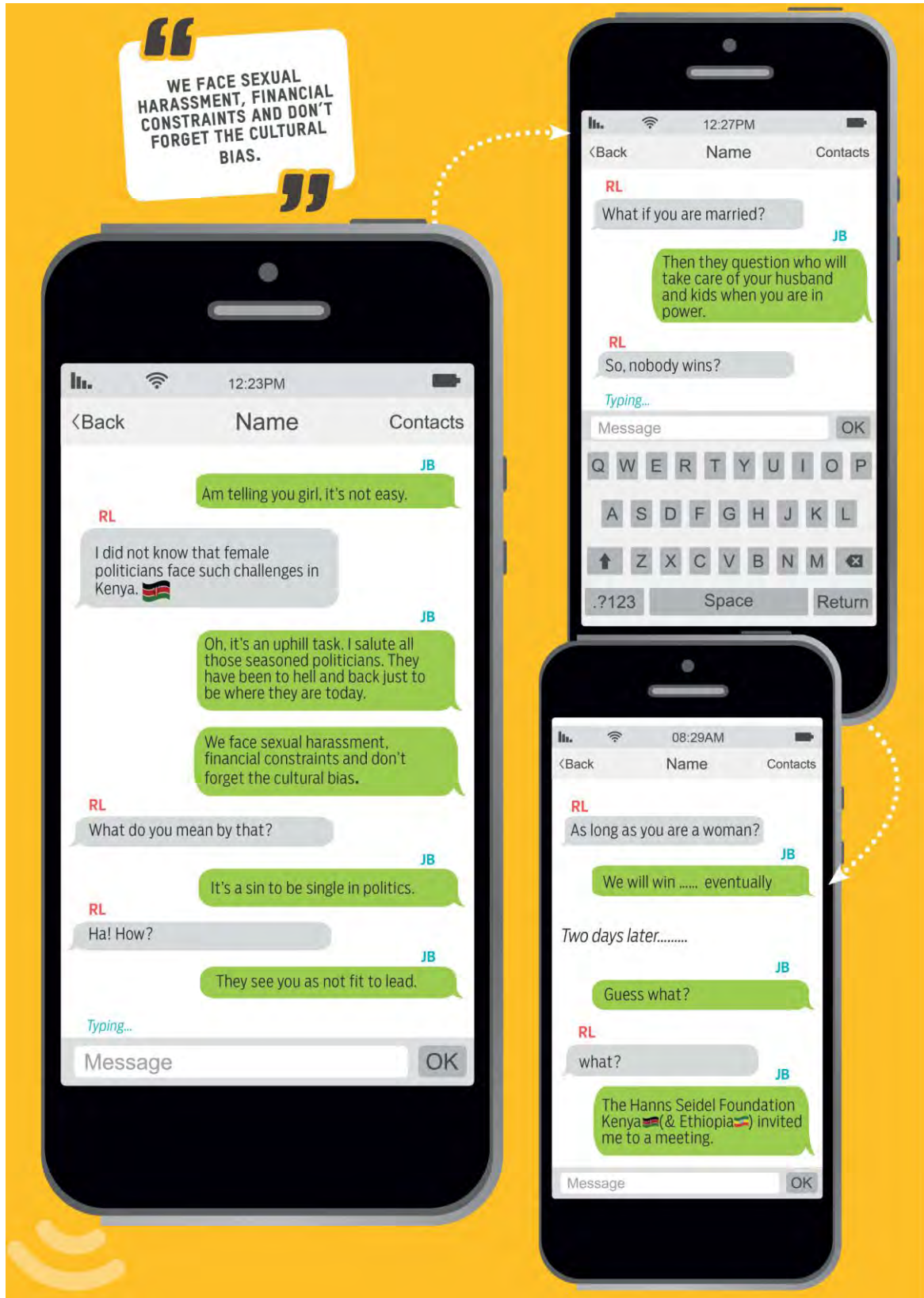
JB, a young female politician in Kenya is in Muranga county campaigning. Then the drama unfolds.....

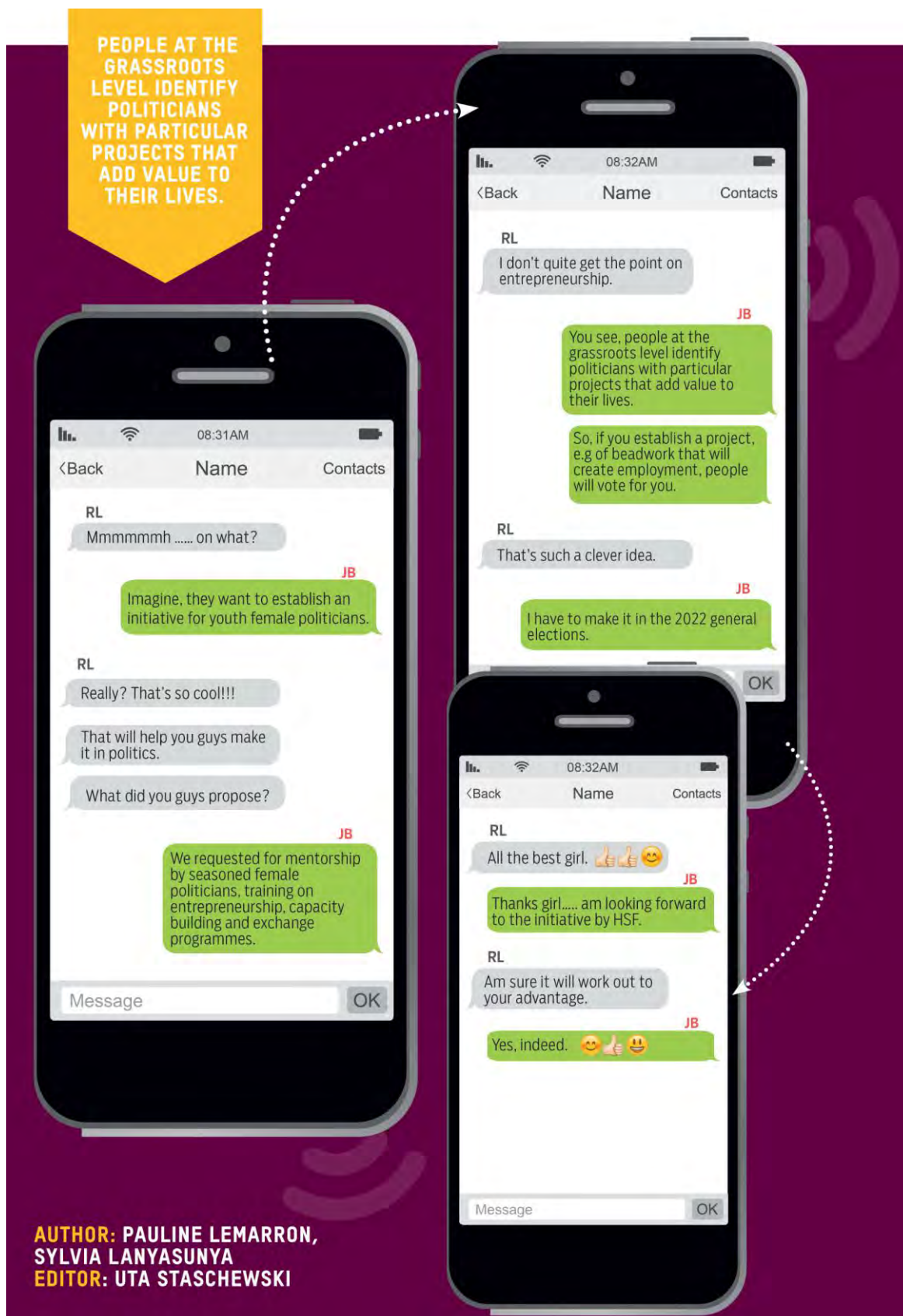


Omg!!









Lynnet Mbula Mutula und Gideon Keter im Interview

„Ich möchte die Interessen der Jugend vertreten“

Was sind die Wünsche und Hoffnungen von jungen Politikern, die sich zur Wahl stellen? Kenia wählt am 8. August neben dem Präsidenten und den beiden Kammern des Parlaments auch in den 47 Verwaltungsbezirken des Landes neue Gouverneure und Regionalvertretungen. Mit Fragen zu ihrer Motivation und Agenda, ihrem Werdegang aber auch politischen Vorbildern hat die Hanns-Seidel-Stiftung zwei junge kenianische Politiker vor den Wahlen interviewt. Das Ergebnis sind Antworten, die Hoffnung machen, jedoch auch zeigen, dass der Weg lang und beschwerlich ist.

Schlagwörter:

Kenia - Wahlen - Jugend - Politikerinnen - Politiker - Agenda - politische Beteiligung - Ausbildung

„ICH MÖCHTE DIE INTERESSEN DER JUGEND VERTRETEN.“*

|| Lynnet Mbula Mutula und
Gideon Keter im Interview

Warum möchten Sie Mitglied des Parlaments auf County-Ebene bzw. des Parlaments werden?

Mutula: Ich möchte die Interessen der Jugend und die meiner Gemeinde vertreten.

Keter: Ich würde gerne die Gesetzgebung und verschiedenen Politikbereiche so überarbeiten, dass die Wahlkreise besser geführt werden können. Außerdem möchte ich die Partizipation junger Menschen in der Politik fördern.

Welche Fehler haben Sie in Ihrer politischen Laufbahn gemacht? Was haben Sie daraus gelernt?

Keter: Ich habe den falschen Leuten vertraut. Leuten, die nicht die richtigen Werte vertreten haben. Daraus habe ich gelernt, dass Ehrlichkeit und Vertrauen maßgebend für gute Politik sind.

Mutula: Ich stehe am Anfang meiner politischen Karriere. Also werde ich wohl erst noch Fehler machen. Ich hoffe aber, dass ich in fünf Jahren immer noch sagen kann, bislang keine Fehler gemacht zu haben! Nach meiner Nominierung verpflichtete ich mich voll und ganz den Belangen der Jugend und meiner Gemeinde. Ich werde meine Fortschritte jedes Jahr überprüfen und Fehler gegebenenfalls korrigieren.

Zu wem schauen Sie auf? Was schätzen Sie ganz besonders an diesem Menschen?

Mutula: Nelson Mandela. Ich bewunderte sein Engagement im Kampf für Menschen-

rechte sowie seine moralische und politische Aufrichtigkeit.

Keter: William Samoei Ruto, der kenianische Vizepräsident. Ich bewundere sein politisches Fingerspitzengefühl sowie seine Beharrlichkeit und Konsequenz, die ihm sowohl viel Anerkennung aber natürlich auch Feindseligkeiten einbringen.



Gideon Keter ist ernannter Parlamentsabgeordneter als Vertreter der Jugend. Er wurde von der Jubilee-Partei nach den allgemeinen Wahlen im August 2017 ernannt. Zuvor war er gewählter Nationaler Jugendpräsident der United Republican Party (URP), die sich mit anderen Parteien zur Jubilee Partei zusammenschloss. Er ist Gründer und Präsident des Youth Senate, einer gemeinnützigen Organisation zur Jugendförderung und einer Plattform mit dem Anspruch, allen Jugendlichen eine Stimme zu geben. Ziel ist die Förderung von guter Regierungsführung in Kenia. Zwischen 2013 und 2014 war er Generalsekretär bei East Africa Model United Nations (Simulation zur Arbeit der Vereinten Nationen).

Welche Agenda haben Sie vor, im Parlament zu vertreten, um den Bedürfnissen der Jugend gerecht zu werden?

Mutula: Ich beabsichtige, Gesetzesentwürfe einzubringen, die durch einen einfacheren Zugang zu Mikrokrediten mehr wirtschaftliche Möglichkeiten schaffen. Darüber hinaus sollen die Interessen von jungen

Frauen, wie zusätzliche Stipendien und ein besserer Zugang zu medizinischer Versorgung, stärker gefördert werden.

Keter: Ich möchte gern sicherstellen, dass alle politischen Belange, die Jugendliche betreffen, vom Parlament genehmigt und implementiert werden.



Lynnett Mbula Mutula ist ernanntes Mitglied der County Assembly des Regierungsbezirks Makueni. Sie wurde nach den allgemeinen Wahlen im August 2017 durch die Partei Wiper Democratic Movement ernannt. Zuvor war sie in der Partei aktiv, u.a. verantwortlich für das Social Media Management und Forschung. Sie repräsentierte die Partei auf diversen Foren wie der Jugend- und Frauen-Liga. Sie hat einen B.A. Abschluss in Kommunikation und Medien der Kenyatta Universität.

Was denken Sie, welche Ihrer persönlichen Eigenschaften zu Ihrer Nominierung beigetragen haben?

Keter: Ich denke, dass vor allem meine Geduld und Hartnäckigkeit mich soweit gebracht haben. Darüber hinaus hat sicherlich meine große Erfahrung, die ich als Vorsitzender des Jugendverbandes der Jubilee Partei über die Jahre sammeln konnte, zu meiner Nominierung beigetragen.

Mutula: Meine Ausbildung. Ich habe einen Bachelor Abschluss. Außerdem habe ich Kampfgeist und bin gut darin, Netzwerke aufzubauen. Ich habe gerne mit Menschen zu tun. Ich spreche sozioökonomische und politische Themen, mit denen Kenia sich konfrontiert sieht, unverblümt an und kommentiere diese ausgiebig als Bloggerin.

Was ist ein typisches "Starter-Paket" für einen jungen Politiker?

Mutula: Eine gute Ausbildung, jede Menge Selbstbewusstsein, politischer Scharfsinn

und ein gutes Netzwerk moralisch integerer politischer Mentoren.

Keter: Energie, Innovation und Ehrlichkeit.

Vielen Dank für das Gespräch!

*** Die Interviews wurden am 3. und 4. Juli 2017 geführt. Die Lebensläufe wurden zeitlich angepasst.**

Oscar Kimaro

Youth in Tanzania: Their Priorities, Challenges and Opportunities

Despite Tanzanian youths being the majority in the country's labour force, they are still challenged in issues around pursuing their destiny through decent employment, access to quality education and their participation in decision making processes. These are largely the results of inadequate initiatives to support youth in search of economic empowerment opportunities especially through social entrepreneurship and formal businesses, minimal recognition in formal governance processes as well as mismatch between skills they get in schools with the job market requirements. This signals untapped youths potential. It is key for partners, stakeholders and the government to recognise the youth power and leadership as a key asset in addressing all the development challenges facing communities in the country.

Keywords:

Youth - Tanzania Population - Employment - Quality Education - Decision Making - Challenges - Youth Power

YOUTH IN TANZANIA: THEIR PRIORITIES, CHALLENGES AND OPPORTUNITIES

|| Oscar Kimaro

Today, 50 percent of the world's population is under 25 years old. In Tanzania, 64 percent of the population is under 24 and those aged (15-35) account for 34 percent of the entire population of more than 45 million people. They represent the largest generation in history in an era of Peak Youth; a diverse group of people with different needs, skills and aspirations – and they are increasingly connected.

Youth constitute a great share of the country's labour force – about 68 percent – and one third of the population. This translates in power to drive development in their communities, to participate in decision making or democratic processes. Still, youth are unrecognized and adversely affected in many aspects.

What matters to this generation?

In a survey conducted in 2015 by the NGO Restless Development and other youth-led organizations in Tanzania, young people gave their opinion on ten priority issues which were incorporated in a manifesto (see p.66). Among the issues raised, three main challenges were identified and are explained in more detail below:

Unemployment

According to the youth interviewed unemployment stood out as a key challenge. The government's Integrated Labour Force Survey found national unemployment among youth aged 15-24 being 13.7 percent and those 25-35 being 9.8 percent. However, a representative survey conducted by Restless Development in the year 2012/2013 in 7 regions of Tanzania mainland shows unemployment among the 1000 participants was above 50 percent, exceeding the national rate.

Around 800,000 to 1,000,000 youth are entering the job market every year in Tanzania, and their access to formal employment is minimal. The infrastructure to support those who are interested in social entrepreneurship is very limited. Challenges are skills mismatch between formal education and job market requirements, accessing capital as well as high costs of running a business in Tanzania. All these factors contribute to high unemployment rates among youth. The majority left out by the existing few formal jobs are absorbed in the informal business sectors, often ending up not being recognized and supported.



Ten key issues raised in the manifesto by Restless Development in 2015.

Education

Several studies that have been conducted revealed a mismatch between the quality of education and job market requirements. Youth also identified the quality of education they receive in different education settings to be too theoretical and not equipping them to better match employment opportunities. They further identified contributing factors to this being unsuitable learning materials and environment, teachers' missing motivation and the curriculum not reflecting changing technologies and markets.

Youth Involvement in the Decision Making

Despite constituting the majority of the population (under 35 year olds account for almost 65 percent), young people are underrepresented at all levels of decision making institutions, especially in the local governments. Only 27 percent have reported to have meaningfully participated in local government meetings which are elementary in making development plans and budgets providing direction and a vision for development. This low

percentage can be connected to governance and accountability issues: Due to limited spaces for participation, there is also limited transparency and accountability. Hence misuse of resources and corruption are more likely to occur.

What needs to be done?

Young people are not waiting for the permission to lead; they take actions that help bringing solutions to their challenges. They are taking initiative to empower themselves through volunteer programmes and internship opportunities. Youth are strengthening their voices through campaigning and even get those with powers to have a deep look at the challenges they face, be it clearing the fear of misconceptions, addressing the skills mismatch between formal schooling an labour market or campaigning for leadership roles.

One major aspect in tackling the challenge of youth unemployment is the potential social entrepreneurship initiatives. Youth have a strong feeling that it can play a great role in unlocking growth by creating jobs and supporting small and informal sector businesses.

Here, Public Private Partnerships (PPP) Programmes and social entrepreneurship initiatives aimed at empowering the majority of youth entering the job market every year are tools to consider.

There is also a need to engage and build relationships between decision makers and youth, especially those at local level governments, to ensure they understand the importance of engaging young leaders and youth in general as change makers.

vision of a just and better community. We should keep our minds and plans on ensuring that youth are at the core of designing, delivering and evaluating these programmes. They know best what their needs are and what will work to engage them.

|| Oscar Kimaro

Policy and Advocacy Manager, Restless Development Tanzania



Source: Oscar Kimaro.

Oscar Kimaro is Policy and Advocacy Manager and leading the Kijana Wajibika (Youth be Responsible) project funded by the European Commission in the NGO Restless Development Tanzania. Not only leading the direct implementation of these programmes, but also leading on national government engagement. He has a vast experience on local community engagement on youth-led data and evidence based advocacy as well as building capacity of youth to influence policy implementation and promote accountability in the SDGs and the National Development Plans.

Based on my experience working with youth in Tanzania, building strong coalitions among young change makers and leaders, government agencies, international organizations, the private sector and other stakeholders proves to be a coordinated way to support and empower young people to reach their

VERANTWORTLICH

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ werden parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Sie können sich gerne für den Publikations-Newsletter des IIZ unter iiz@hss.de anmelden, der Sie über neuerschienene Publikationen und Berichte informiert.

- Nr. 1 Entwicklungspolitischer Dialog in Europa
- Nr. 2 Deutscher Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung der Mongolei
- Nr. 3 Internationale Migration – Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen
- Nr. 4 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong
- Nr. 5 Security and Development in Africa – Strengthening Conflict Prevention, Resolution and Management
- Nr. 6 Aktuelle Beiträge zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika
- Nr. 7 Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der DR Kongo
- Nr. 8 Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten
- Nr. 9 Frauen brauchen Demokratie, Demokratie braucht Frauen
- Nr. 10 Polizei und Entwicklung – Community Policing als Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- Nr. 11 Die Millenniumsentwicklungsziele – Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und dem Post-2015 Prozess
- Nr. 12 Stadt, Land, Fluss – Hauptstädte – Motor der Entwicklung?
- Nr. 13 Grenzen – In Stein gemeißelt oder in Auflösung begriffen?
- Nr. 14 Wasser – Kooperationen und Konflikte um die Ressource der Zukunft
- Nr. 15 Entwicklungszusammenarbeit – Zwischen Geben und Nehmen
- Nr. 16 Klimawandel – Politische Implikationen und soziale Verwerfungen
- Nr. 17 Föderalismus – Zwischen Einheit und Vielfalt
- Nr. 18 Flucht und Migration – Lokal. Regional. Global.
- Nr. 19 Demokratie im Aufbruch – Parlamente als Orte der Entscheidungsfindung
- Nr. 20 Wo ist der Frühling geblieben? Die MENA-Region zwischen Aufbruch und Chaos
- Nr. 21 Jugend – Gegenwart und Zukunft einer Generation



Wo ist der Frühling geblieben? Die MENA-Region zwischen Aufbruch und Chaos

Mehr als sechs Jahre sind vergangen seit Beginn des sogenannten Arabischen Frühlings. Vielfach wird die Erhebung inzwischen als gescheitert erklärt und der momentane Status quo nicht selten als Arabischer Winter beschrieben. Wo lagen die Ursachen? Wie ist die Situation in den einzelnen Ländern heute und wo liegt die Zukunft?

Jugend Gegenwart und Zukunft einer Generation

Während in den Industriestaaten eine zunehmende Alterung der Gesellschaft zu beobachten ist, machen junge Menschen in vielen Nationen des Globalen Südens, insbesondere in Afrika, ein Viertel oder mehr der Einwohner aus. Fast 90 Prozent der jungen Menschen leben in Entwicklungs- und Schwellenländern. Wo sehen sie ihre Zukunft? Welchen Problemen und Herausforderungen müssen sie begegnen?



Online unter:
www.hss.de/AMEZ/

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33 | 80636 München | E-Mail: info@hss.de | Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a. D. Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hubertus Klingsbögl | BNR. 0501-1709

www.hss.de

Bestellschein

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	AMEZ 20: Wo ist der Frühling geblieben?
	AMEZ 21: Jugend

Ich möchte die AMEZ im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-356

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse (falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

FACTSHEETS



Die Factsheets der Hanns-Seidel-Stiftung. Kurz und prägnant, nach Themen geordnet, geben sie einen Einblick in die weltweite Arbeit der Stiftung. Die unterschiedlichen Farben kennzeichnen die Themenbereiche. Ob Umwelt, Frauenförderung, Rechtsstaat, Parlamente, Bildung uvm ... Lernen Sie die Projekte neu kennen. Die Factsheets erläutern die Herausforderungen, die Lösungsansätze der Stiftung gemeinsam mit ihren Partnern und die bisher erreichten Wirkungen.

Alle unsere Factsheets finden Sie unter:



www.hss.de/factsheets

-  Bildung
-  Dezentralisierung und Föderalismus
-  Frauen
-  Jugend
-  Parlamente
-  Rechtsstaatlichkeit
-  Umwelt und Klima
-  Zivilgesellschaft
-  Wirtschaft

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Institut für Internationale Zusammenarbeit

Leiterin des Instituts: Dr. Susanne Luther

Lazarettstraße 33 | 80636 München

E-Mail: iiz@hss.de | Online: www.hss.de

Tel.: +49(0) 89 12 58-0 | Fax: +49(0) 89 12 58-359

Kürzlich erschienen in der Reihe

mit QR-Code zum schnellen Lesen und Bestellen:



AMEZ 18: Flucht und Migration

Lokal. Regional. Global.



AMEZ 19: Demokratie im Aufbruch

Parlamente als Orte der
Entscheidungsfindung



AMEZ 20: Wo ist der Frühling geblieben?

Die MENA-Region zwischen
Aufbruch und Chaos